Redaktion und Administration Prag I., Celetna 22.

Geschäftsstelle für Mähren und Schlesien: Mähr.-Ostrau, Lukasgasse 6.

Postsparkassen-Konto Nr. 90129.

Telephon Nr. 4449 und 8048/VI.

Redaktionsschluß Mittwoch, 9 Uhr vormittags.

Erscheint jeden Freitag

XVI. Jahrgang.

// Nr. 37. //

Selbstwehr

Jüdisches Volksblatt

Abonnementspreis mit Postzusendung
halbjährig . . . Kč 35·—
vierteljährig . . " 18·—

Einzelnummer Kč 1·50.

Inseratenpreis Kč —·70 für die 8×gespaltene Millimeterzeile.

Inseratenannahme durch alle Annoncenbureaus u. der Administration dieses Blattes.

Auswärtige Zahlungen sind zu leisten: In Polen an „Wiedénsk Bank Lombardowy i Eskontowy Filia w Krakowie auf „Konto der Selbstwehr". In Deutschland durch Postschek auf „Konto der Böhm. Unionbank für die Selbstwehr". In Österreich durch die Postsparkassa auf „Konto der Böhm. Unionbank für die Selbstwehr"

22. Elul 5682

15. Sept. 1922

Die Palästinaverfassung.

London, 2. Sept. Der J.-Korrespondent der JPC meldet: Am 1. Sept. ist eine Palästina-Verfassung publiziert worden. Während der ursprüngliche Entwurf einen legislativen Council von 25 Mitgliedern voraussah, 10 Beamte und 15 Nichtbeamte, von denen 3 aus den drei Religionen vom High-Commissioner bestimmt werden sollten, wird jetzt nur ein legislativer Council von 22 Mitgliedern bestehen, aber so, daß darunter mindestens 2 Juden, 2 Christen und 2 Mohammedaner sein müssen. Jeder männliche Palästinenser von über 25 Jahren hat das Wahlrecht, u. zw. indirekt, indem die Wähler Vertreter wählen, die dann erst die Abgeordneten bestimmen. Der oberste Verwalter Palästinas, der den Titel „High-Commissioner" und „Commander in Chief" führt, soll wie Art. 27 bestimmt, „sich leiten lassen durch die dem Parlament am 1. Juli vorgelegte Erklärung über die britische Politik in Palästina. Während er die Nichtbeeinträchtigung der Rechte und Stellung der anderen Teile der Bevölkerung sichern soll, soll er unter passenden Bedingungen die jüd. Einwanderung erleichtern und die dichte Siedelung der Juden auf dem Lande, Staatsländereien und brachliegende, nicht für öffentliche Zwecke benötigte Ländereien miteingeschlossen, ermutigen" (he shall facilitate Jewish immigration under suitable conditions and shall encourage close settlement by the Jews on the land invluding Statelands and waste lands not required for public purposes). Weiter heißt es, daß keine Verordnung dem legislativen Council vorgelegt werden soll, die in irgendeiner Weise den Mandatsbestimmungen widerspricht oder mit ihnen unvereinbar ist. Neben dem legislativen Council soll dem High-Commissioner ein Exekutive Councils zur Seite stehen, dessen Zusammensetzung die engl. Regierung bestimmt. Den Zusammentritt des legislativen Councils, der den bisherigen Advisory Council ablösen soll, wird der High-Commissioner in Beratung mit dem Exekutive Council bestimmen. Die Verfassung regelt auch das Gerichtswesen und sieht mohammedanische, jüdische und christliche Gerichte mit ausschließlicher Jurisdiktion in gewissen Fragen vor. In Fragen der Regelung der Einwanderung soll der High-Commissioner mit einem Komitee beraten, das aus nicht weniger als der Hälfte (6) der gewählten Mitglieder des legislativen Council besteht.

Mandatsfragen im Völkerbund.

Wie offiziell mitgeteilt wird, befaßte sich der Völkerbund in seinen Sitzungen vom 1. und 2. September in Genf mit einigen Fragen betreffend die Verwaltung der Mandatsgebiete. Die britische Regierung überreichte Vorschläge bezüglich der Verwaltung der Heiligen Stätten und bezüglich des einzuschlagenden Vorganges für den Fall, daß von Bewohnern der Mandatsgebiete Petitionen an den Völkerbund gerichtet werden. Nach den britischen Vorschlägen müssen alle derartigen Petitionen durch die Mandatsregierung geleitet werden, die als Vermittler zwischen der Bevölkerung und dem Völkerbund dient. Die Mandatsmacht soll das Recht haben, den Petitionen ihre Bemerkungen hinzuzufügen und sie auch zurückzuweisen, wenn sie sie für unwichtig oder für hetzerisch hält. Doch muß in diesen Fällen die ganze Korrespondenz dem Generalsekretär des Völkerbundes vorgelegt werden. Der Völkerbundrat beschloß, diese Vorschläge der permanenten Mandatskommission zur Beratung und Berichterstattung zuzuweisen.

Diese **permanente Mandaskommission** ist nach der Ratifizierung des Palästinamandates dasjenige Organ des Völkerbundes, das für alle Fragen der Ausführung des Palästinamandates zuständig ist. Ihre Mitglieder werden durch den Völkerbundrat ernannt und die Mehrheit davon muß aus Angehörigen solcher Staaten bestehen, die nicht Mandatare sind. Solange sie Mitglieder der Kommission sind, dürfen sie in ihrem eigenen Lande keine Stellung bekleiden, die sie ihrer Regierung direkt unterordnet. Die Kommission tritt nach Bedarf zusammen und berät auf Grund einer von ihr selbst beschlossenen und vom Völkerbundrat genehmigten Geschäftsordnung. Die Mandatskommission empfängt und prüft die Jahresberichte der Mandatare. Die Geschäftsordnung verlangt, daß rechtmäßig beglaubigte Vertreter jener Mandatarstaaten, deren Berichte geprüft werden, anwesend sind. Diese Vertreter haben das Recht, ihre Erläuterungen zu den Bemerkungen hinzuzufügen, die die Kommission zu den Berichten macht, wenn sie sie dem Völkerbundrate übermittelt.

Die gegenwärtigen **Mitglieder der Mandatskommission** sind: Pierre Orts (Belgien), Beau (Frankreich), W. Ormsby-Gore (Großbritannien), Marquis Alberto Theodoli (Italien), Kunis Janagidh, gewesener Generalsekretär des Oberhauses (Japan), Van Rees, gewesener Generalgouverneur von Holländisch-Ostindien (Niederlande), Freiere d'Andrade, gewesener Minister des Äußern (Portugal), Graf Ballobar (Spanien), Frau Dr. Anna Bugge-Wicksell (Schweden).

Die jüdische Nationalbibliothek.

Den Mittelpunkt der zionistischen Bestrebungen bildet ein Ziel, das man gelegentlich auch als ein Minimalprogramm des Zionismus aufgefaßt hat: Die Schaffung eines jüdischen Kulturzentrums in Palästina.

Das tiefste Unglück des Diasporajudentums ist nicht so sehr die **lokale** als die **kulturelle** Zerstreuung. Die Entwicklung des Diasporajudentums war in den letzten Jahrzehnten eine negative; es entwickelte sich zurück; zerbröckelte, degenerierte. Es verlor alles Gemeinsame, suchte geistige Unterkunft bei Fremden, ließ sich bald da, bald dort mitnehmen, und hatte schließlich keine einheitliche Richtung mehr. Wir sehen konnte, erblickte ein im menschlich-kulturellen Sinne tief-trauriges Schauspiel: Eine hohe kulturelle Einheit löste sich in ihre Bestandteile auf, ging in Verwesung über; Gestalt wurde Chaos. Es ist ein überindividuelles Unglück und das Traurigste daran ist, daß der Einzelne, in sein individuelles Schicksal versponnen, nur schwer die Höhe des sittlichen Empfindens aufbringt, das Tragische dieser Erscheinung zu verspüren.

Der Kern der Krankheit liegt also nicht in der lokalen Zerstreutheit — wenn diese auch eine wesentliche Ursache ist — sondern im Mangel an einer geistigen, einheitlichen Richtung. Es fehlt das Kraftzentrum, das die Entwicklungen der einzelnen Gruppen einheitlich zu gestalten vermöchte. Gelänge es, in Palästina ein jüdisches Kulturzentrum zu schaffen, das imstande wäre, dem geistigen Leben der Diaspora wieder Sinn, d. h. Richtung und Einheit zu geben, so wäre das tiefste Unglück der Diaspora überwunden.

Der Weg zur Schaffung eines wirklich lebenden Kulturzentrums ist nicht leicht; keinesfalls leichter als das kolonisatorische und wirtschaftliche Problem des Zionismus und wenn man das palästinensische Kulturzentrum als zionistisches Minimalprogramm bezeichnet, so meint man dies gewiß nur **politisch**; **menschlich** gesprochen, ist die Schaffung und Wirksamkeit eines lebenden Kulturzentrums für den Einzelnen ein **Maximalprogramm**. Aber politisch findet dieses Programm tatsächlich am wenigsten Widerstände sowohl in der politischen Überzeugung des Einzelnen als auch in der Weltpolitik, was ja die jüngste Entwicklung der Mandatsinterpretation ganz deutlich zeigt. Dies ist ein Vorteil, der unbedingt wirksam gemacht werden muß. Noch einen anderen Vorteil hat dieser Teil des zionistischen Programms: Die Schaffung der materiellen Voraussetzungen für dieses Kulturzentrum ist am wenigsten problematisch. Der Weg ist gegeben: Klar und einfach, weit plausibler und überzeugender als die Versuche und Wege zum wirtschaftlichen Aufbau des Landes. Man muß den Aufbau des Kulturzentrums mit dem Aufbau des Zentrums dieses Zentrums beginnen. Man muß in der nationalen Heimstätte des jüdischen Volkes eine reale geistige Heimstätte der jüdischen Geisteskultur schaffen: **Die hebräische Universität.**

Es ist bekannt, welch gewaltiges Interesse das Judentum der ganzen Welt, die größten jüdischen Gelehrten der Gegenwart an diesem Unternehmen haben, welche Bedeutung die jüdische Universität für die gerade in den letzten Jahren hin und her gejagten jüdischen Studenten und für die an den meisten Hochschulen Europas nur mehr oder minder geduldeten jüdischen Gelehrten und Forscher hat. Wir Zionisten können uns über allzugroßes Verständnis der nicht-zionistischen Juden für unsere Bestrebungen nicht beklagen: in einer Sache sind wir aber des Verständnisses der Juden der meisten Schattierungen sicher: in der Notwendigkeit der Schaffung einer jüdischen Universität.

Eine jede Universität braucht einen notwendigen Adner; einen äußerlich stummen, wenn auch in Wahrheit sehr beredten Begleiter: die **Bibliothek**. Die Bibliothek bietet Lehrern und Lernenden das große Reservoir der in Büchern und Schriften aufgespeicherten Leistungen und Kräfte des menschlichen Geistes. Eine Bibliothek kann nicht an einem Tage erbaut werden; sie muß organisch wachsen; sie muß verwurzelt sein in Manuskripten, Wiegendrucken und alten Werken und muß ihre Äste und Zweige in alle Gebiete menschlichen Wissens ausbreiten. Die Sammlung dieses Materials bedarf langer Zeit emsigen Fleißes und großer Mittel; und die bibliothekarische Verarbeitung dieses Materials zur wirklichen Nutzbarmachung bedarf nicht geringerer Kräfte und nicht weniger Zeit. Wenn die hebräische Universität ihre Arbeit beginnen soll, muß sie ihre Universitätsbibliothek bereits vorfinden.

Daß eine große jüdische Bibliothek in Jerusalem mehr wäre, als eine Universitätsbibliothek und eine Voraussetzung der Universität, daß sie die **Nationalbibliothek der Juden der ganzen Welt** werden muß, die **Landesbibliothek** Palästinas und **Mutterbibliothek** aller palästinensischen Volks-, Arbeiter- und Wanderbibliotheken, daß sie ebenso ein wichtiges **Instrument des Aufbaues** des Landes, wie eines der höchsten **Organe der jüdischen Kultur und Wissenschaft** überhaupt, braucht wohl nicht erst ausgeführt zu werden. Wir können ruhig voraussetzen, daß das Verständnis der Juden der ganzen Welt für die jüdische Nationalbibliothek in Jerusalem nicht geringer ist, als ihr Verständnis für die hebräische Universität.

Die jüdische Bibliothek in Jerusalem hat etwas Wichtiges vor der Universität voraus: **sie besteht bereits.** Und es ist ja bekannt, daß ihr derzeitiger Leiter unser Prager Gesinnungsgenosse und Beamter der Prager Universitätsbibliothek Dr. Hugo Bergmann ist. Der Gründer der Bibliothek ist Dr. Josef Chasanowitsch, die bedeutungsvollsten Verdienste um das Zustandekommen seines Planes hat sich die Jerusalemer Bne-Brith-Loge erworben. Doch alles, was bisher geschaffen ist, ist für die Aufgabe dieser Bibliothek viel zu klein. Es fehlen die Mittel für das Notwendigste. Eine gewaltige Anstrengung des ganzen Judentums muß einsetzen, **hat schon eingesetzt**, um dieses große Werk zu schaffen. In den meisten Ländern bestehen bereits Organisationen pro bibliotheca judaica und arbeiten; sammeln Bücher, schaffen Geld. Die angesehensten Männer und die geistig höchststehenden Juden leiten diese Arbeit.

Es ist höchste Zeit, daß auch bei uns in der Tschechoslowakischen Republik die Arbeit beginnt. Unser Blatt stellt sich diesem Unternehmen zur Verfügung; wir werden in der nächsten Zeit genauere Berichte über die Bibliothek und über die Arbeit in den andern Ländern bringen. Es ist vorerst zu beschließen, in welcher Weise die Arbeit hierzulande organisiert werden soll. Wir fordern alle an diesem Werke Interessierten auf, sich bei dem Unterzeichneten an die Adresse der „Selbstwehr" zu melden. Es wird dann ein Komitee das weitere beschließen.

Wir sind überzeugt, daß unsere Arbeit für die Bibliothek von Erfolg begleitet sein wird. Hier kann, wenn sich viele beteiligen, mit geringen Mitteln Großes geleistet werden. Die Arbeit ist unpolitisch im guten Sinne und muß von allen Juden getan werden. Sie wendet sich an das Beste in uns, an unsere Liebe zum Geist.

Dr. Felix Weltsch.

Kämpfe innerhalb der „Agudah".

Warschau 9. September. (J. C. B.) Wie die Zeitung „Haint" mitteilt, sind innerhalb der Organisation „Agudas Jisroel" große Meinungsverschiedenheiten ausgebrochen, die in der Weigerung der Organisationsleitung, sich einer vom Rabbinat genehmigten Kontrolle über die Verwendung ihrer russischen Hilfsgelder zu unterwerfen, ihre Ursachen haben. Unter den Unzufriedenen befinden sich in erster Reihe die führenden Mitglieder der Jugend-Abteilung der Agudah, die die Haltung der Agudah-Leitung als eine Kompromittierung der Gesamtorganisation vor der Öffentlichkeit beurteilen.

Östliche Orientierung.

Der Zionismus bedeutet für das jüdische Volk die Rückkehr nach dem Orient. Sie fällt zeitlich mit dem nationalen Erwachen des Orients zusammen. Für manche bedeutet dies einen Fingerzeig, unsere zionistische Politik, die bisher sehr westlich gerichtet war, östlich zu orientieren. Wenn man nun aber auch über die Orientierung **nach** dem Orient noch verschiedener Meinung sein kann, so ist die Notwendigkeit einer Orientierung **über** den Orient ganz zweifellos.

* * *

Gerade als Ergänzung zu dem Leitartikel „Die Araber und das Mandat" von Dr. Hugo Herrmann in Nr. 33 dieses Blattes ist es von besonderem Interesse, einmal auf die letzten Entwicklungen der gesamten arabischen Politik einen Blick zu werfen. In sie gewährt uns der Artikel „Bamisrach hakarow weharachok" (Im nahen und fernen Orient) im New Yorker „Hatoren" einen ganz neuen Einblick.

Vor allem hat die neue **Selbständigkeit** Ägyptens die Situation in einer Weise verändert, die man von weitem kaum zu ahnen vermag. Obwohl der Ägypter zwar der Sprache nach, nicht aber der Abstammung nach Araber sind, hat man von Damaskus aus versucht, mit Hilfe des panislamitischen Gedankens nach Kairo eine Brücke zu schlagen. Dort haben sie aber erkannt, daß die ägyptischen und die panislamitischen Gedanken keineswegs parallel laufen. Wenn der panislamitische Gedanke trotzdem in Ägypten bis zu einem gewissen Grade Wurzel schlagen konnte, so geschah es deshalb, weil den Ägyptern in ihrem Befreiungskampfe gegen England **jeder** Bundesgenosse willkommen war. Der Kampf mit England ist nun im wesentlichen beendet und damit ist die Situation eine andere geworden. Außerdem wünschen die Ägypter aus vollstem Herzen, den letzten Rest der englischen Herrschaft in Ägypten, die Garnison am Suezkanal von dessen ägyptischem ans palästinensische Ufer zu verpflanzen. Daß diese Sicherung des Suezkanales bei einem Sieg der panarabischen Bestrebungen in Palästina nicht möglich wäre, die ja sichtlich ebenso wie gegen den Zionismus gegen England gerichtet sind, ist selbstverständlich. Der Führer der ägyptischen Freiheitsbewegung **Saqul** hat auch mehrere Male betont, daß England bei Entstehung eines befreundeten Staates in Palästina gegen die Freiheit Ägyptens nichts haben könne. Er hat auch ausdrücklich seine Befriedigung über die zionistische Bewegung ausgesprochen, die durch ein Aufblühen Palästinas auch zu einem Aufblühen des benachbarten Ägypten beitragen werde.

Ein zweites Mal ist der Mangel an festem Boden der panislamitischen Bewegung beim Hervortreten der **indischen Mohammedaner** klar geworden. Ihre Forderungen gipfeln in einem scharfen Protest gegen den Vertrag von Sèvres, der dem Sultan, dem Kalifen, in so und soviel Ländern die Hoheitsrechte genommen. Diese stärkste Stütze der panislamitischen Bewegung richtet sich also gerade gegen den Vertrag (von Sèvres), der den Arabern alles gegeben, was sie an politischen Rechten besitzen. Und das ist kein Zufall. Der Islam, auf dessen „heiligen Krieg" auch Deutschland vergeblich gewartet hat, ist durch die Selbständigkeitsbestrebungen der verschiedenen islamitischen Völker ganz ähnlich zerteilt worden, wie es mit der Christenheit am Ende des Mittelalters geschah. Nur solche Teile der islamitischen Welt, in denen das staatlich nationale Bewußtsein noch so wenig entwickelt ist, wie bei den mohammedanischen Indern, traten daher die panislamitischen Forderungen noch entschieden hervor. Sie stoßen dann aber, wie wir sehen, auf die ganz gegensätzlichen Interessen jener islamitischen Völker (hier besonders der Araber) deren staatlich-nationales Bewußtsein bereits in einem höheren Grade entwickelt ist. Die Forderung der mahammedanische Inder, dem Sultan wieder alle seine Länder zurückzugeben, ist für die Araber mindestens ebenso gefährlich, wie für den Zionismus. Ja, die indischen Mohammedaner können, solange man den Panislamismus in ihnen großzieht, eher auf die Rückgabe Palästinas als auf die von Mekka und Medina an den Kalifen, als den Nachfolger Mohammeds, verzichten. Und sicher werden die mohammedanischen Stämme, die den König von Hedschas dauernd in Mekka bedrohen, durch den panislamitischen Gedanken, mit dem die Araber **uns** drohen wollen, nicht wenig gestärkt. Den Arabern wird nichts übrig bleiben, als endlich einzusehen, daß es für sie selber besser ist, nicht auf Grund eines

mittelalterlichen Fanatismus, sondern auf Grund positiver Kulturleistungen und der historischen Verknüpfung mit ihrem Lande die für sie wichtigen, politischen Rechte zu verlangen. Dann gehört aber, ebenso wie Arabien den Arabern gehört, Erez Israel dem Volke Israel.

Die Forderungen der indischen Mohammedaner haben durch die Art ihrer Veröffentlichung auch noch einen pikanten Beigeschmack. Bekanntlich hat sie Edwin Montague, den Staatssekretär für Indien, in die übelste Lage gebracht. Dem Zionismus aber hat er, der entschiedene Antizionist, gerade durch diese Veröffentlichung ohne seinen Willen einen nicht geringen Dienst geleistet. Die Politiker unter den Arabern — sie können ja doch lesen — haben nun aus all den arabischen Zeitungen erfahren, daß die Waffe des Panislamismus sich gegen sie selber kehrt. Und damit haben wir eine Hoffnung mehr, daß sie — unsere eigene Bevölkerung vorausgesetzt, für die Sprache der Vernunft immer zugänglicher sein werden.

* * *

Anders äußert sich Hans Kohn in einem Artikel „Wandlungen im Osten", der im neuesten Heft des „Juden" erscheint. Der Krieg hat eine Umformung der asiatischen Mentalität bewirkt, insbesondere durch die Proklamierung des Prinzips der nationalen Unabhängigkeit, das heute nicht nur die Intelligenz, sondern auch den Paria und den Fellachen in seinen Bann zieht. Die Wirkungen sind insbesondere in Indien zu sehen, wo im Jahre 1916 eine Verständigung zwischen dem Allindischen Kongreß, der die Hindu repräsentierte, und der Mohammedanischen Liga für Indien erzielt worden ist.

Die einheitliche Kampffront äußert sich natürlich noch viel stärker unter den islamischen Völkern selbst; der Panislamismus, von Moskau und Angora gefördert, macht große Fortschritte. Am bezeichnendsten für diesen neuen Geist ist die Entwicklung in Afghanistan und Mesopotamien. In beiden Ländern ist in den allerletzten Jahren ein mächtiges panarabisches Kulturbewußtsein neu erwacht.

Hans Kohn schließt seine Ausführungen mit folgenden Sätzen:

Es darf nicht übersehen werden, daß diesen Einheitsbestrebungen und diesem neuen Nationalismus noch viele innere und äußere Hindernisse in dem Wege stehen, die sie stellenweise völlig verdunkeln mögen. Aber schon jetzt müssen wir mit dieser Erscheinung rechnen und es ist vielleicht weniger gefährlich, sie zu überschätzen, als sie zu unterschätzen. Die zionistische Politik wird immer mehr einsehen müssen, daß es nicht von Großbritannien und nicht von einer Verknüpfung der europäischen Politik letzten Endes abhängt, ob in Palästina ein jüdisches nationales Heim geschaffen werden wird, sondern von den Bemühungen des jüdischen Volkes, und vor allem und in erster Linie davon, ob es dem jüdischen Volke gelingen wird, mit den Arabern zu einem Einverständnis zu kommen, um gemeinsam mit ihnen in Palästina — nicht einen jüdischen Staat, sondern eine gemeinsame Heimat im Vorderorient aufzubauen. Diese Verständigungsarbeit kann nicht in Palästina allein, sondern sie muß aus den obengesagten Gründen auch in Kairo und Bagdad, Damaskus und Kalkutta geführt werden. Juden spielen in dem neuen Königreiche Irak eine große Rolle; die Bagdader Juden waren immer aktiv und begabt und haben in Indien und China reiche Kolonien geschaffen, von deren Häuptern die Namen Sassoon und Kadoorie allgemein bekannt sind. Die höhere Bildung und Weltkenntnis der Juden wird sie in den neuen Reichen eine wichtige Rolle spielen lassen. In Mesopotamien ist ein Jude Finanzminister. Zugleich sind diese Juden glühende Anhänger der arabischen Freiheitsidee und Kultur. Es ist nicht unmöglich, die Wiedererinnerung an die spanische Zeit, die gemeinsame Abstammung und Urheimat als wirkende Kräfte wieder zu erwecken. In der Resolution des Karlsbader Kongresses, auf die die englischen zionistenfreundlichen Politiker immer wieder hinweisen konnten, und die sich als von großer praktischer Bedeutung erwiesen hat, und in der in den letzten Erklärungen Mr. Churchills vorgezeichneten und von der zionistischen Exekutive gebilligten Politik liegt der Weg hierzu.

Die Konferenz der Palästina-Ämter.

Karlsbad, 5. September (J. C. B.) Im Anschlusse an die Jahreskonferenz tagte in Karlsbad eine von der Immigrationszentrale der Palestine Zionist Exekutive in Jerusalem im Einverständniis mit der Londoner Exekutive einberufene Konferenz der Palästina-Ämter zwecks Behandlung aktueller praktischer Fragen der Einwanderung nach Palästina. An dieser Konferenz nahmen teil: Professor H. Pick, der Leiter der Immigrationszentrale in Jerusalem, in dieser Eigenschaft zugleich Vorsitzender der Konferenz, in Vertretung der Londoner Exekutive S. Finkelstein, außerdem zeitweilig die Mitglieder der Exekutive Dr. Ruppin, Richard Lichtheim und Josef Sprinzak und in Vertretung der einzelnen Palästinaämter Delegierte aus Warschau, Wien, Triest, Venedig, Berlin, Danzig, Riga, Kowno Czernowitz, Bukarest, Galatz, Konstantinopel und Sofia. Außerdem S. Levinsohn als Vertreter des „Hechaluz". Die Konferenz hat in ihren fünftägigen Beratungen zu allen Fragen der Palästinawanderung Stellung genommen und Resolutionen in bezug auf die allgemeinen Einwanderungsbestimmungen, den internationalen Schutz der Palästinawanderer, insbesondere derjenigen aus Rußland und der Ukraine, bezüglich wichtiger Fragen der Organisation der Palästinawanderung und deren Organe, des Transportwesens, der Fürsorge für die Immigranten, der Hachscharah (berufliche Vorbereitung der Einwanderer für Palästina) und der Finanzierung der Alijah gefaßt.

Von den Beschlüssen seien noch erwähnt, der Beschluß auf baldige Übernahme auch des technischen Transportwesens der Wanderer durch die Palästinaämter unter Ausschaltung von auf Gewinn angelegten Zwischenunternehmungen, wie Transportgesellschaften, Privatagenturen usw., ferner die Einführung von direkten Schiffen von den wichtigsten Ausgangshäfen bis Palästina mit besonderen Schlafstätten, koscherer Küche und sonstigen Erleichterungen, die unter Berücksichtigung der gegenwärtigen Lage in Palästina und die Notwendigkeiten des wirtschaftlichen Aufbaues des Landes, Schaffung und Unterstützung von Auswanderungskooperativen und Regelung des Fürsorgewesens für die Palästinawanderer.

Das neue Partei-Programm der Hitachduth.

Angenommen auf der dritten Weltkonferenz der Hitachduth in Berlin vom 10. bis 17. August 1922.

Die allweltliche zionistische Arbeitspartei Hitachduth (Hapoel Hazair-Zeire-Zion) ist die vereinigte Bewegung der palästinensischen Arbeiterschaft und derjenigen Teile des jüdischen Volkes im Galuth, die produktiv arbeiten oder zur produktiven Arbeit tendieren.

Sie erstrebt die Zusammenfassung aller körperlich und geistig schaffenden Juden, die auf den Ertrag eigener Arbeit angewiesen sind, und aller derjenigen, deren Ziel produktive Arbeit ist zu gemeinsamen Erkenntnissen und Aufgaben, zur Arbeits- und Kampfgemeinschaft für die nationale und soziale Befreiung des jüdischen Volkes.

Die vollständige Verwirklichung dieses unteilbaren Werkes erachtet die Partei für gewährleistet einzig und allein durch die Schaffung einer freien arbeitenden Gesellschaft in Palästina als eines nationalen Zentrums auf der Grundlage sozialistischer Gemeinwirtschaft, frei von Ausbeutung in jeder Form, und erfüllt von hebräischer Arbeitskultur; sowie durch die Erneuerung des Volkslebens in den Ländern des Galuth auf der Grundlage produktiver und befreiter Arbeit, nationaler Autonomie und hebräischer Kultur.

Indem damit das große und unteilbare Ziel gesetzt ist, dessen vollständige Verwirklichung sie mit allen Kräften anstrebt, ist sie sich dessen bewußt, daß ihr sogleich die Verpflichtung auferlegt ist, die Schaffung derjenigen **Voraussetzungen** anzustreben, die die natürlichen Grundbedingungen auf dem Wege zum Ziel darstellen. Deren vornehmlichste sind: eine lebendige jüdische Volksbewegung im Geiste der Partei; eine starke Chaluzbewegung als Grundlage einer stetigen Alijah, die Erhaltung und der Ausbau der palästinensischen Arbeitskolonisation; die politische Organisierung des jüdischen Volkes; seine soziale und wirtschaftliche Reproduktivierung und seine fortschreitende Durchdringung mit hebräischer Sprache und Kultur in Übereinstimmung mit den Prinzipien der Arbeitsbewegung.

Von diesen Blickpunkten aus betrachtet die Partei die nationale und soziale Befreiung der Juden als einen einheitlichen umfassenden evolutionären Prozeß, dessen Charakter durch die realen Verhältnisse des Volkslebens als überwiegend konstruktiv bestimmt ist und dessen objektive Bedingungen der chaluzischen Tat und der persönlichen Verwirklichung eine entschiedene Bedeutung beilegen.

Aus diesem Grunde erkennt sie als Mittel, die dem Zweck einer Förderung dieses Prozesses entsprechen, alle diejenigen Maßnahmen und Aktionen, die geeignet erscheinen: die Organisation der Massenkräfte zur Bewegungs- und Kampfgemeinschaft für die nationale Autonomie und für die Arbeit in ihren Institutionen zu entfalten und zu fördern: Den Zionismus mit wahrhaft volkstümlicher Kraft zu erfüllen.

Das jüdische Volk für den Aufbau des Landes und eine ökonomisch wertvolle, sozial gesunde Alijah vorzubereiten;

die durch die Initiative der palästinensischen Arbeiterbewegung geschaffene sozial-ökonomischen Positionen, Siedlungen der Arbeiterschaft und Konsumgenossenschaften, Arbeiterbank und Arbeiterorganisation zu schützen und weiterzubilden;

die soziale Struktur der jüdischen Volksmasse im Galuth durch großzügige Berufsumschichtung und ausgedehnte Facherziehung umzugestalten;

die jüdischen Arbeitenden mittels Organisierung in Genossenschaften mittels Kräftekonzentration von Druck und Ausbeutung in jeder Form zu schützen und sie im politischen und ökonomischen Kampf um das Recht auf Arbeit und deren Befreiung tatkräftig zu unterstützen und zu organisieren;

die angemessene politische Einflußnahme der Partei auf die Vertretungs-Körperschaften der jüdischen Arbeiterbewegung des Zionismus der jüdischen Autonomie sowie der allgemein staatlichen Repräsentationsorgane zu gewährleisten:

die kulturelle Entwicklung durch Schaffung des zweckentsprechenden Schulsystems zu einer hebräischen sozialistischen Erziehung des Volkes hinzuführen, unter voller Rücksichtnahme auf den volkstümlichen Wert der jüdischen Sprache und Literatur.

Die Partei ist endlich von dem Bewußtsein durchdrungen, daß diese von ihr gewiesenen Wege, welche die Befriedigung der Eigeninteressen des jüdischen Volkes bedeuten, zugleich die einzige real mögliche und wirksame Form ist, seiner Anteilnahme als Volk am gemeinsamen Kampf der gesamten arbeitenden Menschheit um ihre Befreiung; einen Kampf, in dem die Partei sich eins weiß, mit allen sozial Ausgebeuteten und national Unterdrückten.

Ein Bürgerschaftsdekret in Palästina.

Jerusalem, 7. September. (J. C. B.) Der High Commissioner für Palästina, Sir Herbert Samuel erließ ein Dekret über das Bürgerschaftsrecht in Palästina, demzufolge jedem Einwohner Palästinas auf Grund seines Ansuchens innerhalb der nächsten zwei Monate die vollen Bürgerrechte verliehen werden. Dieses Dekret ist von besonders wichtiger Bedeutung, indem es die Bürgerschaftsfrage der jüdischen Einwanderer endgültig fixiert und ihnen die Teilnahme an den bevorstehenden Wahlen in den Legislativen Rat ermöglicht.

Feuilleton.

Zum Gedenken an den 10. Todestag Jaroslav Vrchlickýs,

9. September 1922.

Je mehr in unseren Tagen Juden und Judentum, nicht allein von blondhaarigen, mit dem Hakenkreuz geschmückten Buben, sondern auch von gereiften Männern und Weibern und abgeklärten Greisen in Wort, Schrift und Tat gehöhnt, geschmäht, verlästert werden, desto mehr müssen wir, inmitten des Schlammes, den man rings um uns aufhäuft, mit dankbarer Verehrung zu den Manen des großen tschechischen Dichters aufschauen, der am 9. September, vor zehn Jahren, kaum 60 Jahre alt, von hinnen ging. Es ist Emil Frida, der unter dem Namen Jaroslav Vrchlický zu den fruchtbarsten Dichtern der Gegenwart gehört, von dem wir sprechen und dessen wir Juden stets mit Dankbarkeit und Verehrung gedenken werden. Hat er doch in seinen lyrischen, epischen und dramatischen Dichtungen auch den jüdischen Namen verherrlicht und unseren Ruhm verkündet, während die Dühring und Chamberlain, der vielen anderen Schriftsteller gar nicht zu gedenken, in dem Streben wetteiferten, Juden in den Kot zu zerren. Selbst Dichter wie Gustav Freitag und Wilhelm Raabe können hier nicht ausgenommen werden, die Kleineren wollen wir gar nicht erwähnen. Wir fühlen uns durchaus nicht berufen, die Bedeutung Vrchlickýs als Dichter hier zu würdigen. Ein Denkmal, dauerhafter als Erz hat er sich insbesondere als Übersetzer der Werke Dantes, Tassos Leopardis, Victor Hugos, Schillers gesetzt. Er wagte es, um mit W. A. Schlegel zu sprechen, mit Goethes Geist zu ringen und mit Shakespeare. Seine Werke wurden andererseits durch vortreffliche Übersetzungen von Edmund Grün und Friedrich Adler, sowie von Eduard Albert, in die deutsche Literatur eingeführt. Sowie Ibsen in seinem Drama „Kaiser und Galiläer" hat er die Tragödie des Kaisers Julianus Apostata behandelt, die uns auch durch einen Roman Mereschkowskys und durch eine der Novellen Strindbergs dargestellt wird. Er schrieb mehrere Hundert Gedichte, die jüdische Stoffe zu ihrer Grundlage haben; auch das erschütternde „Unessane Tokef", diese großartige Dichtung vom Weltgerichte, den Märthyrertod des Rabbi Amnon, hat er in seinem „Mussaph-Gebete" dichterisch gestaltet. Eine „Simson-Trilogie" besitzen wir von ihm, und das wohl in weiteren Kreisen bekannte Epos „Bar-Kochba", das vom Grafen Boos Waldeck 1899 trefflich ins Deutsche übertragen wurde. — Am meisten bekannt ist jedoch sein Lustspiel „Moudrost Rabinská" das in die Kreise des hohen Rabbi Löw führt. Zum ersten Male erschien es im Jahre 1886, 1902 wurde es zum zweitenmale herausgegeben. Man gestatte mir, hier eine persönliche Erinnerung anzuführen. Vor 30 Jahren war es, im Oktober 1892, als mein damaliger Kollege am deutschen Staats-Gymnasium in Brünn, Professor Franz Bauer, ein bekannter Übersetzer vieler zeitgenössischer tschechischer Literaturwerke, mir die Handschrift einer Übersetzung des Lustspiels Vrchlickýs übergab, das er unter dem Titel, die „Weisheit des Rabbi" ins Deutsche übertragen hatte. Ich weiß nicht, ob diese Übersetzung meines verewigten Amtsgenossen gedruckt wurde. Aber noch erinnere ich mich, wie mächtig dieses Stück auf mich einwirkte, und, als die Nachricht von dem Tode des Dichters, vor 10 Jahren uns erreichte, habe ich die jüdischen Leser der „Österreichischen Wochenschrift", denen die tschechische Literatur doch eine mehr oder weniger terra incognita war, mit dem Inhalte des Lustspieles bekannt gemacht, das in seiner Würdigung des Judentums und Vorurteilslosigkeit, Cumberlands der „Jude" und selbst Lessings „Nathan" an die Seite gestellt zu werden verdient. Heute müssen die künstlerischen Vorzüge dieses Lustspiels nicht erst ans Licht gestellt werden. Wer kennt ihn heute nicht, den Prager Ober-Rabbiner Loewe ben Bezalel, den „hohen Rabbi Löb" durch die Romane Meyrinks „Der Golem" und Max Brods „Tycho de Brahes Weg zu Gott", durch die Literatur und den Film ist sein Name in allen Kreisen bekannt geworden. An den Hof Rudolf II. führt uns Vrchlickýs Lustspiel das im Jahre 1608 spielt. Rudolf II. wird von dem kaiserlichen Rat Philipp Lang von Langenfels vollständig beherrscht. Ich muß nun wohl nicht des breiteren ausführen, wie es der Klugheit des Rabbi Juda Lowe gelingt, Lang zu entlarven, seinen allmächtigen Einfluß bei dem schwachen Kaiser durch seine Weisheit zu vernichten, die Gelder Meisels, welche Lang, in seiner ewigen Geldnot, in der er sich befindet, von dem weisen Rabbi, der sie in sichere Verwahrung genommen, zu erpressen versucht, für die Judenschaft Prags zu retten und die wüsten Nachstellungen des kaiserlichen Günstlings auf das schöne Weib des Meisters David von Brüssel, Recha, zu enthüllen und zu zerstören. Der Inhalt des Lustspiels ist ja jetzt allgemein bekannt. Zwei große Gegensätze sind es, die Vrchlický in seinem prächtigen Lustspiele einander gegenüberstellt: die auf ihren Einfluß pochende Macht Langs und die diese besiegende Klugheit des 70jährigen, greisen Rabbis. Ausgezeichnet versteht es der Dichter, durch den Mund des Rabbi, weise, lebenskluge Sentenzen des Midrasch am rechten Orte aussprechen zu lassen. So lernte wohl, nicht allein der tschechische Zuhörer, noch niemals Talmud und Midrasch kennen. Der weise Rabbi, dessen Haus von den Uneingeweihten für eine Art Hexenküche gehalten wird, in dem es jedoch mit sehr natürlichen Dingen zugeht, sein Weib Perl, eine etwas eifersüchtige Matrone, der bucklige, schlaue Jechiel, des Rabbis Famulus, der so gut die Geheimnisse seines Herrn zu verschweigen versteht, der feurige David von Brüssel, dessen keusches Weib Recha, sind vortrefflich gezeichnete Charaktere. Wir müssen den schuftigen Philipp Lang nicht erst besonders hervorheben. Auf tschechischen und deutschen Bühnen kann dieses Stück seine Wirkung nicht verfehlen, wenn auch Vrchlický dem Modernismus heute vielfach weichen mußte. Vrchlickýs Geist sollte gerade jetzt, da Völker und Bekenntnisse von gewissenlosen Hetzern immer feindseliger gegeneinander gereizt werden, über den hochgehenden Fluten des Hasses und der Feindseligkeit schweben. Er ist ein Hauptvertreter der Weltliteratur, wie sie Herder und Goethe so richtig erkannten, ein freier Geist, der das wahrhaft Große bei allen Völkern zu fassen und zu würdigen verstand. Es ist ein alter, bekannter Spruch des Talmuds, der besagt: „Die Gerechten aller Völker haben Anteil am ewigen Leben". Dieser Satz findet auch auf den Dichter und Menschen Vrchlický seine Anwendung und wir Juden rühmen uns, daß Männer, wie der Dichter des Bar-Kochba„ **unseren** Helden ihre Anerkennung nicht versagen. Und inmitten eines Krieges im Frieden, wie wir ihn jetzt durchleben, während die Wogen des Hasses immer höher gehen, die Welt nicht zur Ruhe zu gelangen vermag, lesen wir mit Rührung die Schlußworte von Vrchlickýs Lustspiel, in denen der weise Rabbi uns allen die Friedensbotschaft kündet:

Immerdar soll uns die Liebe leuchten, diese heiligste, goldene Sabbatlampe.

Dr. Grünfeld.

Palästina-Mandat und Jewish Agency.

Von Dr. Hugo Herrmann.

Man pflegt zu sagen, in unseren Ländern sei die Bevölkerung politisch weit weniger reif, als etwa in England. Das ist insofern richtig, als über die fundamentalsten Grundbegriffe der Politik selbst bei Leuten, die sich mit Politik abgeben und als gebildet gelten, die sonderbarsten Irrtümer und Mißverständnisse bestehen. Es gibt nur sehr wenige Politiker, die, beispielsweise, in der Lage wären, eine kurze und prägnante Definition des Völkerbundes zu geben. Dasselbe gilt auf unserem engeren Gebiet. Ich kenne viele Zionisten, die in der Partei eine gewisse Rolle spielen und die doch nicht imstande sind zu sagen, was eigentlich das Palästinamandat ist. Daß eine solche betrübende Unsicherheit in den Westländern weniger allgemein ist, kommt daher, daß die Presse dort nicht müde wird, die fundamentalen Begriffe immer und immer wieder zu erläutern und zu wiederholen. So glaube ich, daß auch wir es uns zur Aufgabe machen müssen, schon oft Gesagtes unermüdlich nochmals zu sagen. Diesem Zwecke soll der erste Teil der folgenden Ausführungen dienen.

Der erste Entwurf des Palästinamandates geht auf die Zeit unmittelbar nach der Balfor-Deklaration zurück, als Präsident Wilson seine vierzehn Punkte noch nicht verkündet hatte. Damals wurde noch damit gerechnet, daß die Türkei genötigt sein würde, ihren vorderasiatischen Besitz an die Entente abzutreten, die sich ihrerseits, nach dem schon im Jahre 1915 abgeschlossenen Sykes-Picot-Abkommen, in diese Gebiete teilen würde. Danach sollte — im wesentlichen — Syrien an Frankreich, Palästina an England fallen. Da durch die Balfour-Deklaration der Anspruch des jüdischen Volkes auf Errichtung seiner nationalen Heimstätte in Palästina anerkannt war, erschienen gewisse Abmachungen zwischen der englischen Regierung als der präsumtiven souveränen Besitzerin Palästinas einerseits und der Zionistischen Organisation als Wahrerin der jüdischen Interessen anderseits notwendig. Der Entwurf für diese Abmachung ist zugleich der erste Entwurf des späteren Mandates. Er enthielt im wesentlichen Bestimmungen über die Schaffung des jüdischen nationalen Heimes in Palästina, über die Rolle der Zionistischen Organisation als Vertreterin der jüdischen Interessen, über jüdische Einwanderung und Ansiedlung, über die Durchführung öffentlicher Arbeiten, über die Erwerbung der palästinensischen Staatsbürgerschaft durch Juden: alles Keime der diesbezüglichen Bestimmungen in endgültigen Mandatstext.

Als jedoch Präsident Wilson seine Kriegsziele bekannt gab, zu denen auch die Ausschließung jeglicher Annexion gehörte, trat an Stelle der in Aussicht genommenen Besitzergreifung von Teilen der Türkei durch einzelne Ententemächte das sogenannte Mandatsystem. Es besteht darin, daß die besiegte Macht gewisse Gebiete nicht an die Sieger, sondern an den Völkerbund abtritt, der seinerseits einen einzelnen Staat mit dem Mandat zur Verwaltung des Gebietes betraut. Die auf Grund eines Völkerbundmandates geführte Verwaltung soll laut Artikel 22 der Völkerbundsakte den Zweck haben, die Bevölkerung des Mandatsgebietes zur Selbstverwaltung fähig zu machen und zu erziehen, so daß nach einer gewissen Zeit das Mandat beendigt und selbständige Staatswesen errichtet werden können. Die Modalitäten, unter denen die Verwaltung geführt, und die Wege, die vom Mandatar zur Errichtung des von Artikel 22 angestrebten Zieles eingeschlagen werden sollen, werden in einem Vertrage niedergelegt, der zwischen dem Völkerbund als dem eigentlichen Souverän einerseits und der Mandatarmacht als dem zur Ausübung der Souveränität Beauftragten anderseits abgeschlossen wird. Dieser Vertrag ist eben das sogenannte „Mandat."

Der allererste Entwurf, die „Urfassung" des Mandates dachte, wie oben erwähnt, an einen Vertrag zwischen der englischen Regierung und der Zionistischen Organisation. Diese Urfassung wurde im Zionistischen Zentralbureau entworfen und der enlischen Regierung vorgelegt. Die Regierung sandte den Entwurf mit einer Reihe von Abänderungsvorschlägen an die Zionistische Leitung zurück, die ihrerseits wieder zu den Abänderungsvorschlägen Stellung nahm. Diesen Weg von Great Russell Street (dem Sitz des Zionistischen Hauptbureaus) nach Downing Street (dem britischen Außenamt) und zurück hat das Mandat noch unzählige Male machen müssen. In diesem Meinungsaustausch trat auch dann keine Änderung ein, als aus dem beabsichtigten Vertrage zwischen Groß-Britannien und der Zionistischen Organisation ein solcher zwischen dem Völkerbund und Großbritannien geworden war. Es kommt ja kein Zweifel darüber bestehen, daß der Völkerbund Großbritannien keine Mandatsbedingungen oktroyieren wolle und daß Großbritannien selbst den Mandatsentwurf vorlegen werde. England seinerseits hielt sich durch die Balfour-Deklaration für verpflichtet, die Entscheidung über das künftige Regime Palästinas nicht ohne Anhörung der Zionistischen Organisation zu treffen. Nachdem der Meinungsaustausch, bald in rascherem, bald in langsamerem Tempo, vier Jahre angedauert hatte, legte die englische Regierung den Entwurf des Palästinamandates im Dezember 1921 dem Völkerbundrate zur Entscheidung vor. Vielleicht ist auch das nicht allgemein genug bekannt, daß der Völkerbund in zwei hauptsächlichen Organen in Erscheinung tritt, in dem Völkerbundrat und in der Völkerbundversammlung. Die Völkerbundversammlung ist das Weltparlament, in dem alle dem Bunde angehörenden Staaten vertreten sind; der Völkerbundrat ist gewissermaßen die Weltregierung, die nur aus wenigen Vertretern der stärksten Gruppen im Völkerbund zusammengesetzt ist. Nach der Verfassung des Völkerbundes, der Völkerbundakte (Covenant, obliegt die Entscheidung in allen Mandatsangelegenheiten dem Völkerbundrat, der durch die Mandatskommission der Völkerbundsversammlung beraten wird. Die Völkerbundsversammlung tritt nur einmal im Jahre zusammen, während der Völkerbundsrat dieses Vergnügen öfter hat. Mit dem Entwurf zum Palästinamandat hat sich der Völkerbundrat zuerst im Mai dieses Jahres beschäftigt, doch konnte er zu keiner Einigung gelangen. Damals wurde bestimmt, daß eine eigene Sitzung des Rates im Juli dieses Jahres für Mandatsfragen abgehalten werden solle, und auf dieser Sitzung wurde das Palästinamandat tatsächlich am 28. Juli 1922 gemäß dem Entwurf der englischen Regierung (der allerdings gegenüber der ersten Vorlage im Dezember 1921 gewisse Abänderungen erfahren hatte) bestätigt. Ein einziger Punkt blieb in Schwebe: die Art der Ernennung und die Zusammensetzung der vom Mandat geforderten Kommission für die Aufsicht über die Heiligen Stätten der verschiedenen Religionen.

Was uns in dem Mandat besonders interessiert, sind natürlich die Bestimmungen, welche die Schaffung der jüdischen nationalen Heimstätte in Palästina anbahnen sollen. Dazu gehört vor allem die Errichtung einer Jewish Agency, einer Vertretung der jüdischen Interessen. Sie wird durch Artikel 4 eingesetzt, dessen erster Absatz lautet: **„Eine angemessene jüdische Vertretung (Jewish Agency) soll als eine öffentliche Körperschaft anerkannt werden, mit der Aufgabe, der Verwaltung Palästinas in denjenigen wirtschaftlichen, sozialen und anderen Angelegenheiten Rat und Mitarbeit zu gewähren, die die Errichtung des jüdischen nationalen Heimes und die Interessen der jüdischen Bevölkerung in Palästina betreffen, und, immer vorbehaltlich der Kontrolle durch die Verwaltung, an der Entwicklung des Landes zu helfen und teilzunehmen."** Die Jewish Agency wird noch in einigen weiteren Artikeln erwähnt. Artikel 6 bestimmt, daß die palästinensische Landesregierung jüdische Einwanderung unter geeigneten Bedingungen erleichtern und im Zusammenwirken mit der Jewish Agency geschlossene Ansiedlung von Juden auf dem Lande mit Einschluß der nicht für öffentliche Zwecke erforderten Staatsländereien und Brachländereien fördern soll. Artikel 11 sieht vor, daß die palästinensische Landesregierung mit der Jewish Agency Vereinbarungen zur Errichtung und zum Betriebe öffentlicher Arbeiten, Leistungen und Unternehmungen, sowie zur Entwicklung der Naturschätze des Landes treffen kann, insofern diese Aufgaben nicht von der Verwaltung direkt übernommen werden. Demnach sind die Aufgaben der Jewish Agency, aus dem Juristenenglisch des Mandates in gewöhnliches Deutsch übersetzt, folgende:

1. Vertretung der Interessen des Gesamtjudentums in allen Fragen, die die Errichtung des nationalen jüdischen Heimes betreffen,

2. Vertretung der Interessen der jüdischen Bevölkerung in Palästina der Landesregierung gegenüber,

3. Mitwirkung an der Entwicklung des Landes im allgemeinen und insbesondere durch:

a) landwirtschaftliche Kolonisation von Juden unter Mithilfe der Regierung, insbesondere in Form der Beistellung von Staatsländereien und Brachländereien,

b) Übernahme öffentlicher Arbeiten durch Verträge mit der Regierung.

Man sieht, daß der Wirkungskreis der Jewish Agency sehr umfassend ist und daß sie, wenn sie einigermaßen imstande ist, ihre Tätigkeit dem vom Mandat vorgezeichneten Rahmen anzupassen, eine große Macht im Lande werden kann. Ihre Macht ist nicht politischer Natur: sie untersteht, wie das Mandat wiederholt betont, in jeder Beziehung der kontrollierenden Aufsicht der Landesregierung; ihre Macht ist wirtschaftlicher Natur und wird demnach auch nur in dem Maße in Erscheinung treten können, als der Jewish Agency Mittel zur Entfaltung wirtschaftlicher Tätigkeit zur Verfügung stehen.

Nun kommt die Frage: Wer ist die Jewish Agency und wer wird sie sein? Das Mandat gibt darüber Auskunft im zweiten Absatz des Artikels 4, der besagt: **„Die Zionistische Organisation soll, solange ihre Beschaffenheit und Verfassung nach der Meinung des Mandatars angemessen sind, als diese Vertretung anerkannt werden"** (nebenbei sei bemerkt, daß die bisher gedruckten Übersetzungen des Mandats durchgehend in diesem wichtigen Satz einen Fehler aufweisen, indem sie die Zionistische Organisation „als solche Vertretung" anerkennen. Dadurch wird in den meisten Lesern der Übersetzung die Vorstellung erzeugt, als ob die Anerkennung der Zionistischen Organisation als Jewish Agency bloß als Möglichkeit ausgesprochen wäre, als ob der Sinn des Mandates wäre: Die Zionistische Organisation ist eine derartige, daß sie als Jewish Agency anerkannt werden kann. Das ist ein Irrtum. Der englische Mandatstext anerkennt die Zionistische Organisation ausdrücklich „as such agency, das heißt „als diese Vertretung"). Das Mandat setzt also „Zionistische Organisation" und „Jewish Agency" gleich. Es gibt keine Möglichkeit für irgend eine jüdische oder nichtjüdische Körperschaft, hierin eine Änderung herbeizuführen, ausgenommen zwei Fälle:

1. Die englische Regierung kann zu irgend einem Zeitpunkt sagen: Meiner Meinung nach ist die Beschaffenheit und Verfassung der Zionistischen Organisation nicht mehr angemessen und ich kann sie daher als Jewish Agency nicht mehr brauchen. Was in diesem Falle geschieht, sieht das Mandat nicht vor; aus seinem Geiste aber ist zu erschließen, daß die englische Regierung in diesem Falle dem Völkerbundrate einen Vorschlag zu machen hätte, durch welche andere Körperschaft die Zionistische Organisation in ihrer Rolle als Jewish Agency ersetzt werden solle.

2. Die Zionistische Organisation selbst könnte erklären, daß sie die Funktion der Jewish Agency mit ihren Pflichten und Rechten nicht auf sich nimmt. Dies könnte wiederum einen zweifachen Grund haben: entweder könnte die Zionistische Organisation damit ausdrücken wollen, daß die Bestimmungen des Mandates ihrer Meinung nach ungeeignet seien, das Ziel, die Schaffung der jüdischen nationalen Heimstätte, zu erreichen: es wäre also eine Form der von Indien her bekannten Non-cooperation. Anderseits könnte eine Ablehnung der Zionistischen Organisation auch bedeuten, daß diese Organisation sich nicht stark genug fühle, die Aufgaben der Jewish Agency zu erfüllen, und daß sie eine andere jüdische Körperschaft für geeigneter halte. In diesem Falle würde die Zionistische Organisation der englischen Regierung diese andere Körperschaft bezeichnen und die englische Regierung würde ihr mit Zustimmung des Völkerbundrates die Funktion der Agency übertragen.

Nach einer weit verbreiteten Meinung, die aber ebenfalls auf eine mißverständliche Auffassung eines Satzes im Mandat zurückgeht, legt dieses selbst der Zionistischen Organisation eine derartige Handlungsweise nahe. Auf den oben zitierten Satz im zweiten Alinea des Artikels 4 folgt die Bestimmung: **„Sie (die Zionistische Organisation) soll im Einvernehmen mit Seiner Britischen Majestät Regierung Schritte unternehmen, um die Mitarbeit aller Juden zu sichern die gewillt sind bei der Errichtung des jüdischen**

Jud Süß.

Stets und immer ist in der Geschichte der Jude der Sündenbock gewesen, auf den man alles gehäuft hat, was andere gefehlt haben. Verlor irgend ein Regierungssystem das Vertrauen des Volkes, so waren es die Juden, die in ihm gearbeitet hatten, die man dafür haftbar machte, waren auch die leitenden Persönlichkeiten andere gewesen! — Wer kennt nicht jene schöne Novelle „Jud Süß" von Hauff und wer hat da nicht schon in seiner Jugend voll Abschen von jenem jüdischen Finanzmann gelesen, der Württemberg arg bedrängte und schließlich als Lohn für seine Sünden in einem Käfig aufgehangen wurde. — Und doch sagt Hauff am Schluß: „Er mußte nicht sowohl für seine eigenen schweren Verbrechen als für die Schandtaten mächtiger Männer am Galgen sterben." — Er bezahlte die Zeche für das, „was die übrigen verzehrt hatten". Trotz allem aber blieb an seinem Namen viel hängen, und vielleicht dürfte es gut sein, jetzt, wo auch wieder unser Volk für alles und jedes auf dieser Erde verantwortlich gemacht wird, einmal die näheren Umstände dieses außerordentlichen Lebens näher ins Auge zu fassen. —

Im Jahre 1692 ist Josef Süß Oppenheimer in Heidelberg geboren. Über seine Herkunft schwebt ein Dunkel. Es ist nicht ausgeschlossen, daß sein Vater ein adeliger Herr gewesen ist, und er das Kind einer verbotenen Liebe. Jedenfalls war er ein außerordentlich befähigter Knabe, der in seinem Wesen seine jüdische Abkunft, die von seiner Mutter aus unbedingt feststeht, nicht verleugnete. Sein Verhältnis zur jüdischen Religion war ein lockeres, aber mit Entschiedenheit wies er am Ende seines Lebens, als man ihn zur Richtstätte führte, das Ansinnen ab, sich taufen zu lassen. — Wollen wir sein Leben ganz verstehen, so müssen ein paar Worte über die Zustände an den Fürstenhöfen in jenen Zeiten gesprochen werden. — Jeder dieser kleinen und kleinsten Machthaber wollte in seiner Residenz ein Ludwig XIV. sein, wollte prunkvoll leben und brauchte dazu unerhört viel Geld, das geschafft werden mußte. — Josef Süß war ein solches Finanzgenie, er fand immer neue Geldquellen für die Fürsten, in deren Diensten er stand. Das Volk liebte ihn nicht, konnte ihn nicht lieben, aber mußte es den Fürsten nicht mehr hassen, der doch schließlich die Ursache aller Unterdrückung war, die man über die Untertanen verhängte? Das bequemste Mittel sich Geld zu schaffen — man wird dabei an die Gegenwart erinnert — war das Ausprägen unterwertiger Münzen. So hatte Süß in den Diensten der verschiedensten Auftraggeber gestanden und zu ihrer Zufriedenheit gearbeitet, als er mit dem Manne in Berührung kam, durch den er zu den höchsten Ehren emporsteigen sollte und aus dessen Dienst er den schwersten Sturz machen mußte: Karl Alexander von Württemberg. Er war nicht besser und nicht schlechter als die Fürsten seiner Zeit und Süß, der als Geheimer Finanzrat ohne eigentliche amtliche Stellung ihm zur Seite stand, wußte, was der Herzog stets brauchte, nämlich Geld. So gewann er das unbedingte Vertrauen des Fürsten, der eine Reihe von Jahren nach seinen Ratschlägen alles tat. Ein großer Machtdünkel mag damals über Joseph Süß gekommen sein und er mag diese Macht nicht immer zum Besten angewendet und das Volk bedrückt haben. Gewiß mag es vorgekommen sein, daß manch' alter bewährter Rat beseitigt wurde, der mit seiner Meinung nicht hinter dem Berg hielt und der den Herzog warnte, aber immer glaubte doch Süß stets im Interesse seines Herrn zu handeln. Daß er selbst auch einer der reichsten Leute seiner Zeit wurde, ist ihm nicht zu verübeln. Das Haupteinkommen zog er aus der Pachtung der Münze, aber es ist stets zugegeben worden, daß seine Münze die beste seiner Zeit war. Eine Schande jener Tage war der rücksichtslos betriebene Ämterschacher, wenn Süß seinem Herrn riet, ein Gratialamt einzurichten, weil jeder, der ein Amt haben wollte, gern noch etwas in die herzogliche Kasse gebe, so konnte später Süß, als man ihm daraus einen Vorwurf machte, mit Recht sagen: „Serenissimus habe Mangel in der Schatulle verspürt und daher das Gratialamt, um die Extraausgaben zu bestreiten, auf die Bahn gebracht; er habe dieses lieber angeraten, als daß Serenissimus Schulden machen oder sich mit der Landschaft überwerfen solle." Aber an Süß blieb auch diese Maßnahme hängen. — So suchte er immer neue Einnahmequellen zu finden und die Wut des gequälten Volkes stieg, aber es war das ganze System des fürstlichen Absolutismus, das man dafür hätte verantwortlich machen sollen. — Süß selbst wußte, wie alle rasch reich gewordenen Leute — auch in der Gegenwart soll es ja nicht viel anders sein — von seinem Gelde keinen besseren Gebrauch zu machen, als daß er ein üppiges Leben führte, sich einen Hofstaat hielt und dadurch natürlich die gequälte Bevölkerung noch mehr erbitterte. Und wenn man sich auch äußerlich vor der „hebräischen Exzellenz" tief verneigte, innerlich haßte man ihn noch umsomehr, weil er Jude war. Ungeheuer viel galante Abenteuer soll er gehabt haben, und er ließ sich auch sonst nichts abgehen, was ein Mann von seiner Stellung in der damaligen Zeit sich erlaubte. Darüber aber vergaß er, daß der Jude das niemals darf, was den anderen erlaubt ist. Auch an ihm rächte sich der Abfall von der Sitte der Väter! — So ging das Verhängnis seinen Weg. Es kam der Augenblick wo der Herzog den Juden nicht mehr brauchte, weil seine Finanzen saniert waren. Inzwischen wurde ungeheuer gegen Süß gearbeitet und als der Fürst gar plötzlich starb, da war der Augenblick gekommen, wo man dem verhaßten Juden den Prozeß machen konnte. Nun mußte er für die Sünden eines anderen büßen. Das Verfahren, das man gegen ihn anhängig machte, schlug jedem Rechtsempfinden ins Gesicht. Hier saß ein System auf dem Anklagestuhl, gewiß ein verruchtes, menschenquälendes System, aber der Jude sollte gehängt werden, der alle diese Dinge nur für den Fürsten, in dessen Dienste er stand, getan hatte. — Ein namenhafter Rechtsgelehrter, der Universitätskanzler, Professor Harpprecht, dem man die Akten zur Äußerung zuschickte, äußerte sich gutachtlich in dem Sinne, daß man „auf Grund der bestehenden Gesetze des Deutschen Reiches und des Landes Württemberg den Angeklagten nicht zum Tode verurteilen könne, man solle ihm seinen Raub, soweit er erwiesen sei, abnehmen und ihn aus dem Herzogtum verbannen." Harpprecht betonte vor allem, daß, wenn man Süß den Prozeß mache, dann auch alle Räte und Minister verurteilt werden müßten. Aber was nützte das Urteil dieses aufrechten Mannes! Wer hätte sich an die Beamten des Staates Württemberg gewagt! — Am 4. Februar 1738 mußte Süß den Weg zum Galgen antreten. Als guter Jude ist er gestorben, er fühlte sich nicht mit Unrecht als Märtyrer für seine Religion, als man ihn in den letzten Tagen noch immer wieder mit Bekehrungsversuchen quälte, da soll er geäußert haben: „Religion ändern ist Sache für einen freien Menschen und steht gar übel an — einem Gefangenen." —

Aus seinem Schicksal ist viel zu lernen und leider wenig gelernt worden. Nichts steht dem Juden schlechter an als lautes geräuschvolles Wesen; tun es auch die anderen ebenso wie er, an ihm bleibt aller Haß, alle Feindschaft hängen. — Wie sagt der Patriarch in Lessings Nathan: „Tut nichts, der Jude wird verbrannt."

Dr. Willy Cohn.

...nationalen Heimes zu helfen." Zunächst ist festzustellen, daß der Zionistischen Organisation nicht auferlegt wird, die jüdischen Kreise, die an der Errichtung des jüdischen nationalen Heimes Interesse haben, als Partner in die Jewish Agency aufzunehmen, sondern bloß ihre Mitarbeit zu gewinnen. Über die Form dieser Mitarbeit spricht sich das Mandat nicht aus. Noch viel weniger ist angedeutet, daß der Zionistischen Organisation die Qualifikation als Jewish Agency abgesprochen werden könnte, wenn es ihr nicht gelänge, die Mitarbeit anderer jüdischer Kreise zu gewinnen. Die ganze Bestimmung wird noch weit klarer als durch den Wortlaut selbst, wenn wir erfahren, daß die Initiative zu ihrer Aufnahme in das Mandat keineswegs von der englischen Regierung ausgegangen ist, sondern ausschließlich von der Zionistischen Organisation. Es handelt sich demnach keineswegs um einen Druck, den die britische Regierung auf die Zionistische Organisation ausüben will, damit diese weitere Kreise des Judentums zur Aufgabe des Palästina-Aufbaues heranziehe, sondern vielmehr um eine von der Zionistischen Organisation in das Mandat gebrachte Bestimmung, die dieser die Mithilfe der englischen Regierung bei ihren Bemühungen zur Gewinnung weiterer jüdischer Kreise sichert. Daß diese Bestimmung nicht nur toter Buchstabe ist, wird sich sehr bald zeigen, wenn die Zionistische Organisation in ihrer Eigenschaft als Jewish Agency den alljüdischen Weltkongreß für den Aufbau Palästinas einberufen wird und diese Einberufung die Gegenzeichnung der englischen Regierung erhält.

Bericht der Exekutive an die Jahreskonferenz.

Wir werden in den nächsten Nummern sukzessive noch einiges Material bringen, das der Karlsbader Jahreskonferenz vorgelegen ist und für die Beurteilung der zionistischen Situation von Bedeutung ist. Wir bringen heute einen Teil des Berichtes der Exekutive.

Die Exekutive der Zionistischen Organisation hat der Jahreskonferenz in Karlsbad einen 157 Seiten starken Bericht über alle Zweige ihrer Tätigkeit vorgelegt. Der erste Teil des Berichtes, „Das Mandat" betitelt, gibt eine Vorgeschichte der Bestätigung des Mandates, dessen endgültigen Text sowie Auszüge aus dem Weißbuch der Britischen Regierung.

Der zweite Teil dieses Berichtes ist „Verwaltung und Organisation" betitelt. Er enthält zunächst eine eingehende Darstellung der Zusammensetzung und Tätigkeit der Londoner Exekutive, deren Mitglieder, Weizmann, Cowen und Lichtheim während der Berichtsperiode in London waren, abgesehen von politisch bedeutsamen Reisen, die Dr. Weizmann in der Zwischenzeit unternommen hat. Die Herren Sokolow und Jabotinsky waren bekanntlich den größten Teil der seit dem Karlsbader Kongreß verflossenen Zeit in Amerika, während die Herren Motzkin und Soloweitschik durch ihre andersartige Tätigkeit nur zu gelegentlichen Besprechungen in London sein konnten. Die Palästina-Exekutive ist inzwischen entsprechend dem Beschluß des Kongresses durch zwei Vertreter des Waad Leumi verstärkt worden, deren einer Herr Kalvarisky ist, während der andere von den Vertretern der Arbeiterschaft zu benennen ist. Das Londoner Büro zerfiel in folgende Abteilungen: 1. das politische Departement, über dessen Aufgaben die Oeffentlichkeit genügend informiert wurde. 2. Das Presse-Departement, das in erster Linie politische Arbeit zu leisten hatte. 3. Das Finanz-Departement, das zunächst für die Schekelgelder als dem finanziellen Instrument der zionistischen Leitung als Kasse dient, dann aber auch für die Verwendung der durch den Keren-Hajessod aufgebrachten Mittel für die Palästinaarbeit zuständig ist. 4. Organisations-Departement, das den Verkehr mit sämtlichen Landesverbänden und Föderationen und die Schekelsammlungen führt, die Sitzungen vorbereitet, das aber bei der bestehenden finanziellen Situation nicht imstande ist, durch regelmäßige Entsendung von Vertretern die zionistische Propaganda in den einzelnen Landesverbänden wesentlich zu unterstützen. Dem Organisations-Departement untersteht das Berliner Büro der Exekutive, durch das die Möglichkeit gegeben ist, eine große Reihe von Arbeiten billiger als in London durchführen zu lassen. Auch könnte das Berliner Büro im Bereiche seiner Tätigkeit direkten Einfluß auf Organisation und Propaganda der Landesorganisationen nehmen. 5. Das Immigrations-Departement ist nach Palästina verlegt worden, jedoch hat die Londoner Exekutive mit politischen Immigrationsfragen auch weiterhin zu tun. 6. Verwaltungs-Departement. Diese Abteilung hat besonders mit dem Informationsdienst, sowie mit den heute ziemlich komplizierten Paßangelegenheiten zu tun. Eine Gehältertafel, die dem Bericht beigefügt ist, gibt einen Beweis für die Sparsamkeit, mit der in London gearbeitet wird. Während in der Zeit vom April bis September 1920 monatlich zirka 3082 Pfund für Gehälter ausgegeben wurden, wurden im Juni 122 nur noch 1599 Pfund dafür verwendet. Die Zahl der Beamten wurde von der 1920 auf der Londoner Jahreskonferenz gewählten Leitung um 45 % vermindert, von der in Karlsbad neugewählten Leitung um weitere 33 %, obwohl die Gesamttätigkeit des Büros sich nicht vermindert hat.

In der Palästina-Exekutive besteht folgende Departementstellung: Ussischkin, Vorsitzender, Governor von Nationalfonds und A. P. C. und Erziehungs-Departement; Eder, politische Vertretung und Sanitätswesen; Ruppin, städtische und ländliche Kolonisation, Governor der P. L. D. C. und Arbeiterbank, Direktor der Hypothekenbank; Professor Pick, Immigration; Sprinzak, Arbeits-Departement.

Eine eingehende Darstellung widmet der Bericht speziell der organisatorischen Tätigkeit. Es existieren zurzeit 41 Landesverbände der Organisation, mit denen das Organisations-Departement in Verbindung stand, ferner bestand Kontakt mit 35 einzelnen Gruppen in Ländern, wo noch kein Landesverband besteht. Ebenso bestand Verbindung mit den Föderationen Misrachi, Poale-Zion, Order of Ancient Maccabeans, Hitachduth und Zeire-Zion. Reisen machten die Herren Dr. Weizmann nach Deutschland, Frankreich und Italien, Sokolow, Jabotinsky und Goldstein nach Amerika und Kanada. Dr. Schmarja Lewin nach Afrika, Dr. Jacobson nach Dänemark und Bulgarien, Dr. Willensky nach Südamerika, Dr. Hantke in die Tschechoslowakei, Blumenfeld nach Rumänien, Hans Kolin nach Elsaß-Lothringen, Belgien und Luxemburg und Dr. Ben-Zion nach Mesopotamien. In der Berichtzeit hat das Organisations-Departement 26 Zirkulare an die Mitglieder des Aktions-Komitees, 13 an die Landes- und Sonderverbände und 14 an beide gerichtet. Seit dem 1. Juni erscheint ein Bulletin der Exekutive. Alle diese Publikationen erfolgen hebräisch, englisch und deutsch. Die Wiederherausgabe des „Haolam" ist bisher an finanziellen Schwierigkeiten gescheitert. Eine Reihe von Publikationen über den Kongreß, den Keren-Hajessod sowie politischer Art wurden herausgegeben. Für das laufende Jahr wurde an die Landesverbände 1,194.100 Schekel versandt. Bis zum 10. Juli sind im ganzen bisher 213.292 Schekel nach London abgeführt worden. Da die Eingänge aus den Schekeln für die Bedürfnisse nicht ausreichen und die Keren-Hajessod-Eingänge nur für Palästina verwendet werden, hat die Exekutive einen Sonderbeitrag beschlossen, der proportionell auf die Landesverbände umgelegt wurde. Die ersten Eingänge darauf sind bereits erfolgt.

In einem besonderen Abschnitt wird über die Tätigkeit des Aktions-Komitees berichtet und Protokolle der inzwischen abgehaltenen 4 Sitzungen des Aktions-Komitees mitgeteilt.

In einem Anhang zu diesem zweiten Teil des Berichtes gibt der Jüdische Verlag eine Darstellung seiner Tätigkeit.

Der nun folgende dritte Teil des Berichtes behandelt die Finanz- und Wirtschaftsinstitute. Da über die Tätigkeit des Finanz- und Wirtschaftsrates bisher in der zionistischen Oeffentlichkeit nur wenig gehandelt worden ist, geben wir den Bericht des Finanz- und Wirtschaftsrates in der nächsten Nummer wiedergeben.

Die Ostjuden-Fürsorge in Deutschland.

Seit Beendigung des Krieges spielt die Ostjudenfrage in Deutschland eine gewisse Rolle. Sie tritt zunächst auf politischem Gebiete hervor. Die reaktionäre Partei erblickt in ihr ein geeignetes Mittel, um die Leidenschaften der Bevölkerung gegen die verhaßte republikanische Regierung aufzureizen. Die Ostjuden und die angeblich unter jüdischem Einfluß stehende Regierung sollen an allem schuld sein, an der Teuerung, an der Wohnungsnot und an allen sonstigen Übeln, die die breiten Schichten der Bevölkerung bedrohen. Für das deutsche Judentum ist daher die Ostjudenfrage zu einem wichtigen Problem geworden, denn mehr als rein innerjüdische Angelegenheiten stehen hier auf dem Spiele. Daß das deutsche Judentum den ostjüdischen Brüdern helfen würde, stand von vornherein fest. Die Methode dieser Hilfe mußte angesichts der Bedeutung der Angelegenheit für die politische Lage des deutschen Judentums mit besonderem Geschick gewählt werden. Die Sorge um eine brauchbare Lösung dieser Schwierigkeit entsprach auch durchaus dem Willen der überwiegenden Mehrheit des deutschen Judentums, das zu innerst bestrebt ist, eine wirklich loyale und dem Staatswohl förderliche Politik auch in den Aktionen einzuschlagen, die ihm von seinem jüdischen Empfinden direkt werden.

Woher kommt die Ostjudenfrage in Deutschland? Das muß zuerst erörtert werden, ehe man die Methode schildert, durch die man ihrer Herr zu werden versuchte. Es hat schon vor dem Kriege eine Ostjuden-Siedlung in Deutschland — hauptsächlich in Berlin — gegeben, etwa 40—50.000 Menschen, die Jahre hindurch in Deutschland lebten und ihren Berufen nachgingen. Niemand kümmerte sich besonders um sie, und selbst die „Jüdische Schweiz", die Gegend der Dragoner- und Grenadierstraße in Berlin, bildete, außer gelegentlichem Anlaß zu Spöttereien, keinen Grund zu größerer Beunruhigung. Erst die Kriegsereignisse haben die Ostjudenfrage zu einem brennenden Problem gemacht; allerdings auf Veranlassung und unter Mitwirkung einer Stelle, die in den deutschen reaktionären und antisemitischen Organen bei dieser Gelegenheit nicht erwähnt zu werden pflegt, nämlich der deutschen Obersten Heeresleitung. Nach der Okkupierung Polens und der übrigen Randstaaten griff die deutsche Heeresleitung, um dem drohenden Mangel an Munitions-Arbeitern abzuhelfen, in den östlichen Gebieten zu demselben Mittel, dessen Anwendung in Belgien und Nordfrankreich ihr den Abscheu der gesamten zivilisierten Welt eingetragen hat, nämlich den zwangsweisen Arbeiter-Deportationen. Ein unglaubliches Verfahren wurde vielfach eingeschlagen: Nichts ahnende Menschen aller Altersstufen und jeden Geschlechts wurden des Nachts aus den Betten geholt, nachdem man ganze Straßenviertel umstellt hatte und ohne weiteres abtransportiert. Ebenso schlimm wie diese Zwangsdeportationen wirkten die anscheinend freiwilligen, auf sechs Monate befristeten Anstellungs-Verträge, durch die die deutschen Werber zahlreiche ostjüdische Arbeiter nach Deutschland lockten; denn nach Ablauf des Dienstvertrages verbot ihnen eine Verfügung der kommandierenden Generäle, nach Polen zurückzukehren. So ist bereits während des Krieges auf Veranlassung der deutschen Behörden eine größere Menge von Ostjuden nach Deutschland gekommen. Zu ihnen stieß dann der Strom der Flüchtlinge, die ihr nacktes Leben aus der Hölle der Pogrome in der Ukraine retten wollten. Dazu kamen die überaus zahlreichen Ostjuden, denen die Friedensverträge ihre Staatsbürgerschaft geraubt hatten, da die überaus verwickelten Bestimmungen es den neugeschaffenen Staaten leicht machten, den Juden aus irgendwelchen Gründen das Optionsrecht zu entziehen. Die Staatenlosen bilden so einen wesentlichen Bestandteil der ostjüdischen Einwanderung. Zum Schluß kommen — infolge der stets drohenden Kriegsgefahr im Osten — zahlreiche Militär-Flüchtlinge hinzu, die sich dem brutalen und aufreibenden Dienst in der polnischen Armee entziehen wollen: Die rechtliche Stellung der ostjüdischen Flüchtlinge ist somit schon nach ihrer Herkunft eine ganz verschiedene. Der Staatenlose genießt einen ganz anderen völkerrechtlichen Schutz als der Deserteur. Ebenso mannigfaltig sind die Bestimmungen, durch die die deutschen Behörden die ostjüdischen Einwanderer in verschiedene Klassen — je nach dem Zeitpunkt ihres Eintreffens — gegliedert haben. Dasselbe Bild sehen wir auf beruflichem Gebiete. Auch hier ist es unmöglich, die Masse der ostjüdischen Einwanderer einheitlich zu charakterisieren. Nur das muß als besonderes Charakteristikum hervorgehoben werden, daß infolge der achtjährigen Kriegswirren der größte Teil der jüngeren Männer aus solchen besteht, die weder eine geordnete Schulbildung, noch eine gewerbliche Fachausbildung genossen haben.

Was hat nun das deutsche Judentum für die Ostjuden getan? Seit dem Jahre 1918 sind die großen jüdischen Organisationen (der Zentralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, der Hilfsverein der deutschen Juden, die Großloge für Deutschland, die zionistische Organisation, die Berliner Gemeinde) einheitlich vorgegangen und haben als Spitzenorganisation das „Arbeiter-Fürsorgeamt der jüdischen Organisationen Deutschlands" gegründet. Dieses umfaßt — außer seiner Hauptstelle in Berlin — 19 Zweigstellen, die über das ganze Reich verstreut sind. Seine Einrichtungen sind der Mannigfaltigkeit seiner Aufgaben angepaßt und dauernd erweitert worden. Für Unterkunft und Verpflegung der in Berlin eintreffenden Flüchtlinge sorgt das über 600 Personen fassende Asyl in der Wiesenstraße. Hier sind auch hygienische und medizinische Einrichtungen vorgesehen. Die Prüfung der Papiere, die Unterrichtung über die polizeilichen und gesetzlichen Vorschriften sowie Hilfe bei Eingaben wird von einer Abteilung der Zentralstelle vorgenommen. An diese wenden sich auch diejenigen Ostjuden, die von den deutschen Behörden ausgewiesen werden. Eine besondere Stelle sorgt für juristische Beratung und Hilfe gegenüber den zahlreichen polizeilichen und wohnungsrechtlichen Vorschriften. Das jüdische Arbeitsamt, das in engster Verbindung mit dem Arbeiter-Fürsorgeamt in Berlin arbeitet, und dessen Arbeit in der Provinz von den übrigen Fürsorgestellen mitübernommen wird, bemüht sich dann, den ostjüdischen Arbeitern Arbeitsgelegenheit zu verschaffen, um sie so vor Schieberei und Wuchertum zu bewahren. Es ist ihm gelungen, den größten Teil der ostjüdischen Einwanderer in produktive Berufe zu überführen. Allerdings zwang das obenerwähnte Überwiegen der ungelernten Arbeiter — mit Ausnahme der überaus zahlreichen ostjüdischen Schneider — dazu, die ostjüdischen Arbeiter hauptsächlich dort unterzubringen, wo ungelernte Arbeiter in größeren Mengen gebraucht werden, d. h. im Bergbau des Ruhrgebiets und in der Landwirtschaft. In beiden Tätigkeiten haben sich die ostjüdischen Arbeiter durchaus bewährt.

Das Arbeits-Fürsorgeamt hat sich dank seiner fruchtbaren Arbeit eine besonders günstige Stellung bei den Reichs- und Landesbehörden erworben. Es ist durch Ministerial-Erlaß die anerkannte Fürsorgestelle für Ostjuden geworden. Das Arbeitsamt dagegen hatte mit größeren Schwierigkeiten zu kämpfen. Die Bestimmungen über wirtschaftliche Demobilmachung machten große Schwierigkeiten bei der Unterbringung ausländischer Arbeiter. Und auch nach Aufhebung dieser Demobilmachungs-Vorschriften sind die behördlichen Schwierigkeiten weiterhin groß. Es ist aber zu hoffen, daß es gelingen wird, auch die auf diesem Gebiet arbeitenden Behörden davon zu überzeugen, daß es im Interesse des Staates und der Öffentlichkeit liegt, diejenigen ostjüdischen Arbeiter, deren Verbleib in Deutschland staats- und völkerrechtlich nicht verhindert werden kann, in geeigneter Weise der deutschen Wirtschaft einzugliedern.

Gegenwärtig erweist es sich immer mehr als unbedingt erforderlich, daß die Ostjuden-Fürsorge der Berufsausbildung größere Beachtung schenkt; zunächst einmal aus Erwägungen, die durch die Lage in Deutschland selbst begründet sind. Es stellt sich nämlich heraus, daß die Schwierigkeiten, die durch die behördlichen Verfügungen und die wirtschaftlichen Konjunkturschwankungen verursacht werden, in der Hauptsache den ungelernten Arbeiter treffen. Der gelernte Arbeiter kann sich immer selbst weiterhelfen, auch wenn seine Paßverhältnisse oft ungeklärt sind. Ein gelernter Arbeiter macht also der Arbeit des Arbeiter-Fürsorgeamtes wesentlich geringere Schwierigkeiten, als ein ungelernter Arbeiter. Hier kommt aber noch ein zweiter und umfassenderer Gesichtspunkt hinzu. Das Einströmen der Ostjuden nach Deutschland ist nämlich keineswegs als eine „Einwanderung" zu charakterisieren, man hat es vielmehr mit einer gestoppten Durchwanderung zu tun. Die große Mehrzahl will gar nicht in Deutschland bleiben, sondern nach Amerika und Palästina weiterwandern. Lediglich die Einwanderungs-Beschränkungen dieser Länder, die Schwierigkeit der Beschaffung von Paß-Visen und Schiffskarten, der Zwang, die östlichen Länder schnellstens zu verlassen, veranlaßt sie, in Deutschland Aufenthalt zu nehmen. Gelingt es nun, durch Lehr-Werkstätten, Unterrichtskurse, Fortbildungs-Schulen usw. eine größere Anzahl wirklich gelernter Arbeiter heranzubilden, so werden sich die segensreichen Folgen dieser Maßnahmen erst in dem endgültigen Einwanderungsland zeigen. Dies vor allem, und das allgemein jüdische Interesse an der Ostjudenfrage ist es, was der besonderen Leistung des deutschen Judentums auf diesem Gebiete die Aufmerksamkeit der gesamten jüdischen Öffentlichkeit sichert. Man wird hoffen dürfen, daß auch die tatkräftige Unterstützung — angesichts der furchtbaren Entwertung der deutschen Mark — nicht ausbleiben wird. Denn die finanziellen Kräfte des deutschen Judentums sind auf das äußerste angespannt; umsomehr können die besser valutierten Länder die innerhalb der deutschen Grenzen geleistete Arbeit unterstützen. Sie dienen damit nicht einer lokalen Angelegenheit, sondern einem Werke des gesamten Judentums.

Anwachsen der Mischehen in Amerika. New York, 29. August. (J. C. B.) Das „Tagblatt" veröffentlicht einen Aufsehen erregenden Artikel über das stetige Anwachsen der Mischehen in Amrika. Jüdische Mädchen verheiraten sich mit Italienern und viele jüdische junge Leute heiraten Irländerinnen und Polinnen in den amerikanischen Kirchen. In New York allein erreichten diese Mischehen die Höhe von 30%.

Die Einwanderung nach Amerika. Washington 29. August. (J. C. B.) Nach den soeben veröffentlichten Daten des Staatsdepartements für Arbeit bleibt die Einwanderung aus Polen und Bessarabien in der letzten Zeit weit hinter zulässigen Quote zurück. Im Juli sind aus Polen statt der zulässigen Zahl von 6229 Einwanderern nur 1292 nach Amerika eingewandert. Aus Bessarabien sind im selben Monat statt 588 bloß 56 Immigranten in die Vereinigten Staaten gekommen.

Zur Wahl des neuen Präsidenten der jüdischen Gemeinde.

Wie aus unseren Berichten und den Mitteilungen der Tageszeitungen bekannt geworden ist, hat der bisherige Präsident der Prager jüdischen Gemeinde, Herr Adolf Glaser, auf sein Amt verzichtet. Damit ist die Präsidentenstelle, die vor einem halben Jahre nach langen, schwierigen Verhandlungen zur allgemeinen Zufriedenheit besetzt worden ist, wieder frei geworden. Die Neuwahl soll nun am 17. d. M. stattfinden.

Das Ereignis hat bereits seine Schatten vorausgeworfen. Man kann in der letzten Zeit Verschiedenes in nicht-jüdischen Blättern (das sind doch die „Tribuna" und das „Montagsblatt"!) lesen, das seinen Ursprung nicht weit vom jüdischen Rathaus hat.

Die „Tribuna" macht den Zionisten schwere Vorwürfe, daß sie es durchgesetzt haben, daß der bisher geübten Realitäten-Ausverkaufspraxis der Prager jüdischen Gemeinde Einhalt getan worden ist. Es ist nicht unschwer zu erraten, woher dieser Artikel inspiriert ist. Unsere Leser kennen die Affäre. Der bekannte Prager Schauspieler Gustav Löwe hat seine Häuser der Prager Kultusgemeinde als Stiftungshäuser für Waisenkinder vermacht; der Zinsertrag sollte seiner Witwe zufallen. Da nun dieser Zinsertrag selbstverständlich in den letzten Jahren an Kaufwert gefallen ist, soll die Prager Gemeinde diesen wertvollen Realitätenbesitz zu Geld machen. Diese Idee ist einfach unfaßlich. Die „Tribuna" wirft uns vor, daß wir den Grundsatz vertreten, daß die jüdische Gemeinde kein Realvermögen abgeben solle und schickt uns damit nach Palästina. Nun, diesen Grundsatz vertritt heute jeder Hausbesitzer; umsomehr öffentliche, gemeinnützige Korporationen! Im Gegenteil, diese trachten — wie z. B. die Stadt Prag — soviel Realbesitz als möglich zu erwerben! Nur die Prager jüdische Gemeinde soll ihren Realbesitz, soll reales Stiftungsvermögen verklopfen, weil eine Privatperson einen zu geringen Zinsertrag hat, mag dies auch die Witwe des Testators sein. Es liegt gewiß nicht in der Absicht des Testators, daß die Häuser verkauft werden, wie die „Tribuna" glauben machen will. Sonst hätte er sie nicht als Stiftungshäuser vermacht, sonst hätte er nicht testamentarisch verboten, irgend etwas an den Häusern zu ändern. Wie will man diesen Wunsch erfüllen, wenn man die Häuser einfach verkauft! Die Sache ist wirklich viel zu einfach und klar, als daß man noch darüber sprechen müßte. Es ist einleuchtend, wer hier das Interesse der Gemeinde wahrhaft gewahrt hat. Die „Tribuna" schließt ihre Betrachtung: „Tak vyhlíží práce sionistů v praxi!" Stimmt!! Wir nehmen es gerne an. Aber es wirft kein gutes Licht auf den Schreiber, resp. Inspirator, wenn er diesen Fall zum Anlaß nimmt, diesen Ausspruch als Vorwurf zu intendieren!

*

Das „Montagsblatt" nimmt den von verschiedenen Seiten als designiert bezeichneten Mag.-Rat Dr. Stein aufs Korn. Es schreibt:

> Gerade vor einem Jahre gab es Neuwahlen in die jüdische Ratsstube. Vor der Präsidentenwahl reklamierten die „Nar. Listy" den Adepten Baxas Magistratsrat Dr. Stein für die Stelle. Der so Empfohlene bekam auch vorzeitig Glückwünsche und nahm die — Vizepräsidentenstelle nur unter der Bedingung an, daß Präsident Glaser der demokratischen Mehrheitspartei nach einem halben Jahr zu seinen Gunsten zurückzutreten versprach. Seine Erkrankung beschleunigte das Avancement. Am 17. soll Dr. Stein, der amtierende Vizepräsident, vorrücken. Er ist nicht objektiv genug, um eine unpolitische Körperschaft, wie das jüdische Rathaus, über den Parteien zu leiten. Wie seinerzeit im deutschen Bezirksschulrat verhorresziert er, der Führer der sechs tschechischen Vertreter gegen 18 (meist deutsche), jedes deutsche Wort, tschechisiert das Rathaus außen und innen, achtet nicht ihm nicht genehme Kommissionbeschlüsse, übergeht bezw. umgeht das Oberrabbinat in Kultusfragen, beantwortet deutsche Anfragen nur tschechisch — und den Mann sollen die Vertreter der deutschen Steuerträger, die Demokraten, zum Präsidentenstuhl verhelfen? Lange genug sehen sie seinem politischen Treiben zu, dem Chauvinismus, wo peinliche Gleichberechtigung am Platze sein soll und muß! Dr. Stein achtet auch nicht die religiösen Gefühle der noch gläubigen Juden, er hängt nicht an den Vorschriften des jüdischen Ritus und protzt mit Sabbatentweihung gerade zwischen Altneusynagoge und jüdischem Rathaus. Er mag ein guter tschechischer Politiker sein — die Eignung zum Präsidenten der Kultusgemeinde Prag sprechen ihm die deutschen Juden ab.

Über die höchst eigentümliche Vereinbarung, von der hier die Rede ist, haben wir schon berichtet. Man erinnert sich an die Interpellation Dr. Singers und an Dr. Steins pythische Antwort. Das „Montagsblatt" gibt für diese Antwort die Erklärung.

*

Die Wahlsituation ist also die: Die Tschechojuden werden natürlich für ihren Kandidaten stimmen. Aber die Deutschen, d. h. Demokraten? Darauf kann man neugierig sein; denn es wäre eine reizende Pikanterie, wenn — trotz des „Montagsblatts" — mit ihrer Hilfe ihr nationaler Gegner Präsident würde. Für uns Zionisten gibt es natürlich nur einen Weg: Für die Frage, welche Nation der jüdischen Gemeinde ihr Gepräge geben soll, kennen wir nur **eine** Antwort: Die **jüdische**. Darum erwarten wir von unseren Repräsentanten, daß sie nur einem Kandidaten ihre Stimmen geben, der **nur ein** Interesse hat: das **jüdische**.

An unsere Abonnenten!

Am Schlusse der Ferien- und Urlaubszeit wenden wir uns an Sie mit dem dringenden Ersuchen, den Abonnementsbetrag für das 2. Halbjahr (Kč 35.—), sofern Sie ihn noch nicht bezahlt haben, an uns zu senden. Sie erleichtern uns durch Erfüllung dieser primitiven Pflicht wesentlich unsere Arbeit.

Zum Problem „Geist des Judentums".

Im jetzt erscheinenden Heft des „Juden" veröffentlicht Rafael Seligmann eine Abhandlung „Modernes Judentum". Wir bringen mit Erlaubnis des Verlages den Schluß dieser Abhandlung zum Vorabdruck, der sehr Wesentliches zum Problem „Geist des Judentums" bringt.

..Man suchte im Gegensatz zum abendländischen Judentum aus der Kulturvergangenheit des jüdischen Volkes alles das herauszuholen und herauszudestillieren, was die nationale Zukunft befruchten und für sie richtungbestimmend werden konnte. Am lebhaftesten und deutlichsten wurde diese Aufgabe von Achad-Haam empfunden. Er wußte genau, worum es sich handelte: erstens alle jene Züge aufzuspüren und darzutun, die das Judentum zu einem besonderen und eigenartigen Kulturtypus machen, zweitens das Vergangene in die Gegenwart und die Zukunft zu verweben. Er wußte jedoch nicht anzugeben, worin dieser Kulturtypus, den er „Geist des Judentums" nannte, eigentlich bestehen sollte.

Bei einem näheren und schärferen Zusehen würde dieser Geist des Judentums Elemente zum Vorschein bringen, die nicht nur auf die eigene nationale, sondern auf die menschliche Zukunft überhaupt befruchtend wirken können. Wir begegnen hier zunächst dem Primat des Humanismus über den Naturalismus, wobei hier unter Humanismus wohlgemerkt etwas anderes als sogenannte „Menschlichkeit" verstanden werden darf, wenn auch Menschlichkeit hierzu gleichfalls gehört. Und zwar bedeutet hier Humanismus vor allem die Selbständigkeit der ethischen Imperative mitten im Getriebe des natürlichen Geschehens, die die Welt nach ihrem eigenen Streben zu formen suchen, anstatt sich von der Welt ziellos formen und kneten zu lassen. Zugegeben, daß ethische Imperative in der Geschichte der Völker wie der privaten Menschen von altersher und bis auf den heutigen Augenblick eine minimale Rolle spielten und spielen. Um so nachdrücklicher gilt es darauf zu bestehen. Sich tragen zu lassen von den Wellen der Natürlichkeit — darin gipfelte letzten Endes die Weisheit der Antike wie der Moderne. Antike und Moderne sind sich ihrem Wesen und ihrer inneren Tendenz nach vollständig gleich. Nur unterscheiden sie sich voneinander in der verschiedenen Auffassung der Natürlichkeit. Erstere verstand unter Natürlichem vorwiegend das Mechanisch-Physikalische, letztere versteht unter Natürlichem vorwiegend das Biologische. Aber Mechanismus oder Biologismus — beides läuft auf das Amoralische hinaus. Bei dem einem wie dem anderen kam das Kapitulieren vor der Natürlichkeit aus der allerdings richtigen Erkenntnis, daß Natur und Leben den ethischen Tendenzen nicht die geringste Beachtung schenken. Das Judentum wußte es auch, aber es ließ sich dadurch nicht beirren und hielt daran fest, daß der ethische Wille die höchste Instanz bildet, vor deren Forum alles Natürliche Rechenschaft abzugeben hat.

Das Judentum hat außerdem den Begriff der Kulturdemokratie im Gegensatz zu dem der Interessendemokratie wie keine Lebensanschauung vor und nach ihm aus seinem Inneren herausgearbeitet. Dem Judentum ist die Gemeinschaft keine Masse etwa in einem marxistischen Sinn, ihm ist jedes einzelne Individuum von autonomer Bedeutung, aber nur innerhalb eines allgemeinen Kulturrahmens. Der Einzelne hat eine gewisse kulturelle Forderung zu erfüllen und muß vor gewissen kulturellen Instanzen Rechenschaft ablegen. Materielle Interessen allein sind in den Augen des Judentums nicht entscheidend; auf bloße Instinkte baut es nicht, und es erwartet von ihnen kein Heil. Dieser Begriff der Demokratie wird bereits im Prophetismus angedeutet und im Pharisäismus akzentuiert. Daher artete die Demokratie in den jüdischen Gemeinschaften seit der endgültigen Festlegung des Pharisäertums bis zum Zerfall des Judentums mit der Epoche der Emanzipation fast niemals in Demagogie aus, während jede konsequente Interessen-Demokratie, den immanenten Gesetzen ihrer Entwicklung überlassen, früher oder später in Demagogie ausmünden muß.

Zuletzt — ein genau umrissenes Verhältnis zur Welt und zum Leben, die alltägliche Lebenspraxis durchdringend und sie regulierend. Ein derartiges Verhältnis wird für gewöhnlich Religion genannt. Religionen waren und sind bekanntlich allenthalten auf dem ganzen Erdball verbreitet. Allein das Eigentümliche und man kann sagen, Einzigartige des Judentums bestand darin, daß es zum ersten Mal in der Geschichte der Menschheit und im Gegensatz zu allen anderen Völkern der alten und neuen Zeit in vollem Ernst den Versuch machte, ein rein metaphysisches Verhältnis, wie die Religion eines ist und in alle Ewigkeit wohl bleiben wird, zu einer Angelegenheit der täglichen Lebenspraxis und des täglichen Verkehrs zu machen. Diesen Versuch hat es im ganzen Verlauf seiner nach Jahrtausenden zählenden Geschichte bis ungefähr auf das letzte Jahrhundert mit fast übermenschlicher Zähigkeit durchgeführt. Nicht um den Inhalt der jüdischen oder irgend einer anderen Religion handelt es sich hier, sondern um das Prinzip, die Einsicht, daß der ganze Wert eines derartigen metaphysischen Verhältnisses in dessen Verwobenheit mit der Lebenspraxis des Alltags und nicht in etwas anderem liegen kann. Diese Einsicht ist einzig dem Judentum eigentümlich, denn die anderen Religionen lassen sie vermissen.

Dies die Gesichtspunkte und Richtlinien, die dem Judentum zu entlehnen sind, und die befruchtend für jede zukünftige Kultur werden können. Hier wurden sie nur flüchtig von uns berührt. In einem anderen Zusammenhang sollen sie eine ausführlichere Behandlung erfahren.

Nachrichten.

Zionismus.

Um die „Jewish Agency".

(J.P.Z.) **London.** In einer Zuschrift des britischen Colonial Office werden verschiedene Fragen bezgl. der Konstituierung der Zion. Org. und der Beziehung zwischen der zion. Welt-Exekutive in London und der paläst. zion. Exekutive in Jerusalem gestellt. Das Colonial Office suggeriert, daß der Sitz der „Jewish Agence" in London sein sollte.

(J.P.Z.) Der Korrespondent des „Doar Hayon" meldet, daß für die „Jewish Agence" in erster Reihe Baron James de Rothschild portiert wird, u. zw. als Präsident. Als Mitglieder außer Weizmann und Sokolow werden genannt: D'Avigdor Goldschmidt (London), Untermyer (New-York), ein Vertreter der Brandeis-Gruppe, ein Rabbiner der Agudas Jisroel, und aus Palästina Kalvaryski, Disengoff oder Dr. Eder.

Eine syrisch-palästinensische Delegation beim Völkerbund.

(J.P.Z.) **Genf**, 6. Sept. Prinz Michel Lotfallah, der letztes Jahr in Genf den syrisch-palästin. Kongreß präsidierte, ist an der Spitze einer syrischen Delegation in Genf eingetroffen, um beim Völkerbund für die Hoheitsrechte Syriens und Palästinas zu plädieren. Obwohl der Völkerbundsrat in London bereits über die Mandate in Syrien und Palästina entschieden hat, will sich die Delegation doch noch in einem Bericht an den Völkerbund wenden, da sie vom Völkerbundsrat in London nicht angehört worden sei.

Keren-Hajessod in exotischen Ländern.

Es ist eine bemerkenswerte Tatsache, daß sich der Gedanke des Keren-Hajessod seinen Weg selbst nach Ländern gebahnt hat, deren kleine jüdische Bevölkerung sonst ganz außer Kontakt mit jüdischen Dingen steht. **Südafrika** ist eigentlich nicht hierher zu zählen, da dort seit vielen Jahren eine zionistische Organisation besteht, die immer ihre Pflichten sehr ernst genommen hat. Das Hauptbureau des Keren-Hajessod hatte bekanntlich im letzten Winter Dr. Schmarja Levin nach Südafrika entsendet, der einige Monate dort blieb und die Propaganda für den Keren-Hajessod einleitete. Das Ergebnis ist, daß die 40.000 Juden von Südafrika (fast vollzählig in den Städten Johannesburg und Kapstadt konzentriert) die Verpflichtung auf sich nahmen, in diesem und den vier folgenden Jahren mindestens je 100.000 Pfund bar für den Keren-Hajessod aufzubringen. Nun erfahren wir, daß von Süd-Afrika aus eine Aktion für den Keren-Hajessod in der Provinz **Rhodesia** eingeleitet wurde. Sie begann damit, daß Mr. Charles Salomon in Bulawayo den Betrag von 2500 Pfund, zahlbar in fünf jährlichen Raten von je 500 Pfund, zeichnete. — Die Nachricht von der Ratifizierung des Palästinamandates, die von der blasierten Judenheit Europas zum Teil so aufgenommen wurde, als müßte es so sein, löste großen Enthusiasmus bei der kleinen weltverlorenen jüdischen Gemeinde in **Elizabethville** (Kongostaat) aus. Es wurde eine Feierlichkeit veranstaltet und der Beschluß gefaßt, unter den in Zentralafrika lebenden Juden eine Sammlung für den Keren-Hajessod durchzuführen. — Aktionen für den Keren-Hajessod wurden in der letzten Zeit auch in **Venezuela** (Südamerika) und in **Mexiko** durchgeführt.

Eine Messekonferenz des Keren-Hajessod (Jüd. Palästinawerk) E. V. in Leipzig.

Anläßlich der Leipziger Herbstmesse hatte das Präsidium des deutschen Keren-Hajessod Herrn Regierungsrat Bärnwald und Herrn Davis Trietsch gebeten, in einem engen Kreise von Kaufleuten und Industriellen einige Informationen über die nächsten Aussichten der Industrie in Palästina zu geben. Der Abend, der im Auftrage des Präsidiums des K. H. von Herrn Regierungsrat Goslar geleitet wurde, nahm einen glänzenden Verlauf. Einige der Anwesenden erklärten sich bereit, sich sofort an der Gründung von Unternehmungen in Palästina mit namhaften Beträgen zu beteiligen. Besonders erwähnt zu werden verdient die Beteiligung einer großen Anzahl ausländischer Interessenten. Wie wir erfahren, beabsichtigt die Leitung des K. H., eine gleiche Konferenz auch auf der Frankfurter Messe zu veranstalten. (Ziko)

Der Zentral-Verein und Palästina.

Berlin, 11. September. (J.C.B.) Das Organ des Zentralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens nimmt in seiner letzten Nummer Stellung zur Frage der praktischen Arbeit in Palästina und führt aus, daß gegen den Satz, daß der Aufbau Palästinas Sache aller Juden ohne Unterschied der Parteirichtung sei, keine vaterländische Bedenken bestehen können. Die Zeitung weist darauf hin, daß alle christlichen Religionsgemeinschaften und Parteien Liebe zum Heiligen Lande bekunden und dort eine intensive Tätigkeit entfalten und stellt die Frage, weshalb nur Juden sich des Vaterlandsverrates schuldig machen sollten, wenn sie an den Heiligen-Boden denken und zu seinem Wiederaufblühen beitragen wollen. Sie erinnert daran, daß sich weite Kreise Deutschlands für die Kolonisation Palästinas durch Juden interessiert haben und daß im Frühjahr 1918 in Berlin ein Komitee „Pro Palästina" zur Förderung jüdischer Palästina-Siedlung gegründet wurde, dem sogar deutschnationale Führer, wie Graf Westerp, Prof. Hoetzsch u. a. m. angehört haben. Die Zeitung begrüßt es freudig, daß die veraltete Anschauung unter den deutschen Juden immer mehr zurückweicht.

Die zionistischen Führer über die Jahreskonferenz.

Karlsbad, 4. September. (JCB.) Nach Schluß der zionistischen Jahreskonferenz in Karlsbad wandte sich der spezielle Berichterstatter des JCB. auf der Karlsbader Konferenz an die bekanntesten Teilnehmer an der Konferenz mit dem Ersuchen, ihre Eindrücke über den Verlauf der Verhandlungen zu formulieren. Die Antworten werden im folgenden wiedergegeben: **Dr. Ch. Weizmann:** Der Wille, die neugeschaffene Lage zu verstehen, ist vorhanden. Zum Bedauern macht sich noch viel Konservatismus und Richtungslosigkeit geltend. **M. Ussischkin:** Die Konferenz ist der erste Versuch, den alten Wein in neue Gefäße zu gießen. **L. Motzkin:** Die Konferenz hat den jetzigen Moment nicht ganz richtig abgeschätzt. Sie hat aber die richtige Abschätzung in der Zukunft vorbereitet, indem sie die Lösung des allweltlichen Kongresses proklamiert hat und gleichzeitig geholfen hat, eine psychologische Annäherung der verschiedenen zionistischen Elemente zu erreichen. **Jabotinski:** Ich glaube nicht, daß irgendwo ein Parlament existiert, wo man mehr Ernst, Hingebung und Sachverständnis finden kann. Wenn Jewish Agency in solchen Händen ist, dann ist sie in guten Händen. **J. Naiditsch:** Sollen wir uns auf uns beschränken, oder uns ausbreiten? Sollen wir zu den Großen oder zu den Massen kommen? Das sind die Fragen, vor welchen die zionistische Organisation nach San Remo und dann wieder nach der Mandatsratifikation gestanden ist. Die Jahreskonferenz wählte den zweiten Weg: Zu den Massen, das ist ihr Verdienst. **Hermann Struck** (Misrachi): Die Bedeutung der Konferenz liegt in dem Schritt von der zionistischen Organisation zur Organisation der Juden, nämlich in der Einberufung des Weltkongresses für Palästina. **A. Kaplan** (Hitachduth): Die Konferenz hat keine Änderung gebracht. Es blieb beim status quo. Das aber ist das Gute an ihr, denn vor der Konferenz war eben der status quo bedroht. **Nehemia de Lieme** (Holland): Trotz aller Widerstände verbreitet sich immer mehr das Prinzip einer Revision der zionistischen Arbeit; ein Prinzip, dank welchem zwei Mitglieder der zionistischen Exekutive, J. Simon und N. de Lieme, aus derselben ausscheiden mußten. **A. Goldberg** (Amerika): Die Aufgabe der Konferenz bestand darin, das Gleichgewicht zwischen den Stimmungen, die in der zionistischen Organisation geherrscht haben und den praktischen Interessen des Palästina-Aufbaus herzustellen. Bis jetzt herrschen größtenteils nur Stimmungen, in der neuen Periode werden die Stimmungen durch die realen Interessen in Palästina ersetzt werden. Die Rolle des Wirtschaftsrates auf der Konferenz und seine Finanzivation von der zionistischen Exekutive (der Wirtschafts-

Jeder Jude widme Neujahrsglückwunsch-Enthebungen dem Jüdischen Nationalfonds!

rat trat mit einem eigenen Budget hervor), sind wichtige Schritte auf diesem Wege. A. Goldstein (Rußland): Die Pessimisten werden sagen: Eine Flut von Worten und wenig Enthusiasmus, viele Probleme und wenig Lösungen, große Not und wenig Geld. Die Optimisten werden antworten: Übergang von Deklamation zu einer ernsten Diagnose des Problems, große Aufgaben, und was wichtiger als alles ist: Der Glaube an die Kraft des Volkes. Seit den Tagen des ersten Kongresses erwies es sich, daß die Optimisten recht hatten, diesmal scheint mir, haben die Optimisten sehr gründlich recht behalten. Jean Fischer (Belgien): Die Konferenz hat nicht die Kraft hervorgebracht, deren wir brauchen. Sie wurde chaotisch durchgeführt. Der einzige Trost ist der, daß sich auch die Außenwelt in einem chaotischen Zustand befindet. Und das Resultat? Ich glaube, in dem Momente, da die Außenwelt ihren chaotischen Zustand überwindet, wird sich auch unsere Lage verbessern.

Aus Palästina.

Palästinensische Nachrichten.

Jerusalem, 10. September. (J.C.B.) Die palästinensische Regierung unternimmt fortdauernd die erforderlichen Maßnahmen, um die Wahlen in den „Gesetzgebenden Rat" trotz des arabischen Boykotts ordnungsgemäß durchzuführen.

Jerusalem, 10. September. (J.C.B.) Die durch die Abhaltung des arabischen Kongresses in Nablus geschaffene Stimmung macht es den Juden unmöglich, sich in Nablus zu zeigen. Drei jüdische Kaufleute, deren Geschäfte sie oft nach Nablus führen, wurden dort letztens mit Steinen beworfen und hinausgejagt. Der einzige jüdische Einwohner in Nablus (Sichem) Mr. Miller erhielt Zuschriften von freundlicher arabischer Seite, die Stadt zu verlassen, wenn ihm sein Leben etwas wert ist.

Die Eidesleistung auf die palästinensische Verfassung.

Jerusalem, 10. September. (J. C. B.) Morgen Montag, wird die am 1. ds. promulgierte palästinensische Verfassung offiziell und unter großen Feierlichkeiten proklamiert werden. Der Oberkommissar Sir Herbert Samuel wird die Proklamierung selbst vollziehen und in Gegenwart des Feldmarschalls Allenby und des Emir Abdullah den ersten Eid auf die Verfassung leisten. Der ganze Akt wird mit großem Aplomb vollzogen werden.

Jerusalem, 11. September. (J. C. B.) Eine gemeinsame Sitzung der zionistischen Exekutive Palästina und das des Waad Leumi beschloß die Erlassung einer Proklamation an die palästinensischen Juden, in welcher ihnen unter Hinweis auf das Bürgerschaftsdekret die Einreichung um die palästinensische Bürgerschaft dringend empfohlen wird.

London, 11. September. (J. C. B.) Wie die „Morning Post" aus Palästina meldet, bereitet die Exekutive des arabischen Kongresses eine Reihe von besonderen Maßnahmen zur Verhinderung des Erwerbes von Boden durch Juden vor. Überdies soll demnächst eine arabische Bank eröffnet werden, die den arabischen Landwirten die erforderlichen Kredite erteilen wird, damit sie nicht genötigt sind, von jüdischen Kreditinstitutionen Geld zu borgen.

Berufung Dr. Biskinds nach Palästina. Cleveland, 9. September. (J.C.B.) Der bekannte Chirurg Dr. J. J. Biskind aus Cleveland ist zum chirurgischen Ratgeber der palästinensischen Regierung berufen worden. Dr. Biskind kam schon 1919 aus den Vereinigten Staaten als Hauptchirurg der medizinischen Vereinigung nach Palästina. Er war Chefarzt im Rothschild-Spital und auch Arzt des Oberkommissärs Sir Herbert Samuel. Dr. Biskind ist der einzige jüdische Arzt, der die Mitgliedschaft in der arabischen medizinischen Akademie besitzt, deren Präsident er gegenwärtig ist.

Die Thermen von Tiberias. (J.P.Z.) Im Handelsblatt des Haaretz wird die finanzielle Ausnützung der Thermen in Tiberias angeregt, dessen Quellen bis 63 Grad Celsius aufweisen und viele europäische übertreffen, so z. B. Pistyan, das nur 60 Grad erreicht. Mit einem Kapital von 55,000 Pf. könnte man einen modernen Badebetrieb einrichten, der schon im ersten Jahre einen Gewinn von zirka 9800 Pf. abwerfen würde.

Aus der jüdischen Welt.

Aktionen der jüd. Welthilfskonferenz.

(J.P.Z.) Paris. Das französische Rote Kreuz hat durch Vermittlung der jüd. Welthilfskonferenz 24,333 Kisten Lebensmittel, Seife und Medikamente zur Verteilung an die Bevölkerung in der Ukraine gegen die Summe von 200.000 Frc. (wirklicher Wert 2,000.000 frcs.) überlassen. Der Transport wird auf Kosten der Welthilfskonferenz von Dünkirchen nach Odessa geleitet werden.

(J.P.Z.) Paris. Die jüd. Welthilfskonferenz sandte 200 Pf. nach Konstantinopel für die dortigen Chaluzim. Ferner sandte sie 5000 frcs. für ein Speisehaus der dortigen russischen Juden.

Jüdische Volksfeiern auf dem Balkan.

Wir erhalten folgenden Brief: Es wurde in der letzten Nummer Ihres w. Organes in manigfachen Variationen von Gesinnungsgenossen darüber gejammert, daß unser Volk bereits die wahre Freude verlernt hat und sich nicht mehr anläßlich großer Volksereignisse recht freuen kann. Von dieser Stimmung mitergriffen ging ich heuer in den Ferien weit hinaus bis auf den Balkan. Und wie angenehm überrascht ward ich, den geradezu stürmischen Freudenausbruch der dortigen Volksteile anläßlich der Ratifizierung des Erez-Israel-Mandates wahrgenommen zu haben. Einen wahren Enthusiasmus rief die Ratifizierung bei den Juden am Balkan hervor.

Jung und alt, reich und arm, Männer und Frauen gingen am 3. August abends auf die Straße mit Musik und Tanz. Alles, ja selbst die Nichtjuden wurden von diesem Freudentaumel der jüdischen Volksmassen mitgerissen. Nicht wenige Christen taten am 3. August mit, sowohl an der öffentlichen Illumination der Städte als auch am Tanze in den Straßen nahmen sie regen Anteil.

Zu hunderten Malen wurde die Hatikwa und die sonstigen zion. Lieder von der Menge gesungen. Und was nicht minder verdient vermerkt zu werden ist, kein einziger Mißton fiel von nichtjüdischer Seite in diese große Volksfreude.

Da erst kam mir zu Bewußtsein, wie trocken und kalt unser tschechoslowakisches Judentum ist, so daß es nicht einmal die wahre Verfassung seines eigenen Volkes mehr kennt und es nach der eigenen Abgestumpftheit beurteilt. S.

Neue Unruhen in Kattowitz.

Berlin, 10. September. (J.C.B.) Am Freitag, den 8. September, kam es in Kattowitz zu neuen Teuerungskrawallen, die später in Judenverfolgungen ausgeartet sind. Die Demonstration begann damit, daß die Belegschaften der umliegenden Gruben vor das Vojwadschaftsgebäude zogen und gegen die Teuerung demonstrierten. Die Menge wandte sich dann nach der Stadt, wo sie die Geschäfte der jüdischen Bevölkerung zu plündern begann, wobei es vielfach zu Mißhandlungen der Geschäftsinhaber kam. In der Teichstraße wurde ein von einer Jüdin geführtes Zuckerwarengeschäft in Gegenwart der Inhaberin völlig ausgeplündert und vollständig demoliert.

Massenrequirierung jüdischer Wohnungen in Jugoslawien.

Agram, 10. September. (J. C. B.) Dem „Jüdischen Volksblatt" aus Novisad zufolge, wird das Wohnungsrequirierungsgesetz in der Vojwodina hauptsächlich gegen Juden angewendet. In den Städten Subotnica, Beckereck, Sombor, Novisad, Senta u. a. m. sind diese Wohnungsrequirierungen bis auf 90 Prozent bei Juden durchgeführt worden und zum größten Teile so rücksichtslos, daß viele Familien über Nacht und in der strengsten Winterzeit obdachlos wurden. Da gegenwärtig ein neuer Akt im Wohnungsrequirierungsdrama beginnt, leben die jüdischen Einwohner in heller Angst, daß nicht wieder nur sie aus ihren Heimen gewaltsam auf die Straße geworfen werden. Gegen diese Behördenwillkür nützt nicht einmal das ministerielle Einschreiten, abgesehen davon, daß es meistens zu spät kommt.

Die neuesten Forschungen über das Urchristentum.

In Amerika sind neue Schriften von Jackson und Like erschienen, die in manchem weiterkommen, als es in dem neuen Buche Klausners „Jeschu Hanozri" der Fall ist, das übrigens auch in deutscher und englischer Übersetzung erscheinen soll. Auf Grund allgemeiner Religionsgeschichte und Religionspsychologie wird die ganze Wandlung der jüdischen Sekte der Essäer zunächst zu einer griechisch-orientalischen Mysteriumsreligion beleuchtet. Es wird klargestellt, daß der ethische und positiv religiöse Gehalt des Christentums ausnahmslos jüdischen Ursprungs ist und im Gegensatz zu verschiedenen modernen Anschauungen die Entfernung vom Judentum fürs Christentum nur Verfall bedeutete. Schon treten auch andere Forscher in die Fußstapfen von Jackson und Like. 1917 erscheint in Göttingen das „Urchristentum" von Johannes Weiß, und 1921 in Stuttgart „Ursprung und Anfänge des Christentums" von dem großen Historiker Eduard Meyer, ein Werk, das zu denselben Ergebnissen kommt wie die beiden Amerikaner.

„Der Jude".

Eine Monatsschrift. Herausgegeben von Doktor Martin Buber im Jüdischen Verlag, Berlin NW. 7, Dorotheenstraße 35. Das 10. Heft des VI. Jahrganges ist soeben erschienen und hat folgenden Inhalt: Hans Kohn: Wandlungen im Osten. Arjeh Tartakower: Palästinas Eintritt in die moderne Weltwirtschaft. Rafael Seligmann: Modernes Judentum. Samuel Rappaport: Aus dem religiösen Leben der Ostjuden VI. 3. E. Gräber- und Schulstürmen. Martin Buber: Die Heirat des Baalschem. **Bemerkungen:** Robert Weltsch: Reise zu den Chaluzim. Helene Hanna Cohn: Vor der zweiten Generation in Palästina. **Umschau:** Rudolf Samuel: Sozialismus. Walter Preuß: Arbeiterbewegung in Palästina. Abonnementspreise pro Quartal: Deutschland 100 Mark; Oesterreich 110 Mark; Ungarn, Polen 120 Mark; Tschechoslowakei 20 Kč; Rumänien 10 Lei; Jugoslavien 10 Dinar; Schweiz 2 Franks; Holland —.50 Hfl.; Frankreich 3.50 Francs; England 2 Sh.; Amerika 50 Ct.

Eine Ausdehnung des Bnei-Brith Ordens in Deutschland. Berlin, 10. September. (J.C.B.) In der letzten Woche sind in Breslau, Hamburg und Frankfurt Bnei-Brith-Logen eröffnet worden, die die Namen des verstorbenen Rabbiners tragen. Nunmehr findet die Einweihung weiterer zwei Logen in München-Gladbach und in Schwedt a. O. statt. In München hat die Loge den Namen Rathenaus angenommen, während die in Schwedt zur Erinnerung an den Humanisten und Talmuverteidiger Johann Reuchlin, Reuchlin-Loge benannt wurde.

Die Völkerbundsversammlung und der Minoritätenschutz. In der Generaldebatte der in Genf tagenden Völkerbundversammlung über den Bericht des General-Sekretärs sprach der Vertreter Südafrikas Prof. Murray über den Minoritätenschutz, der eine der ernstesten Aufgaben des Völkerbundes sei. Prof. Murray betonte u. a., daß die Völkerbundsversammlung auch für den Schutz der jüdischen Minderheiten sorgen müsse. Er beantragte Verweisung der Berichte über den Minderheitsschutz zu gründlicherer Prüfung an eine besondere Kommission, die der Völkerbundsversammlung Bericht erstatten soll. (Ziko)

Jiddisch an der Hamburger Universität. (J.P.Z.) Die Hamburger Hochschulbehörde hat den Dr. Salomon Birnbaum (Sohn des Dr. Nathan Birnbaum) für nächstes Wintersemester mit der Abhaltung von jiddischen Übungen im allgemeinen Vorlesungswesen der Universität beauftragt.

Dr. Salomon Birnbaum hat sich bereits auf dem Gebiete der jiddischen Philologie betätigt. Von ihm ist u. a. die erste allgemeine Grammatik der jiddischen Sprache in der „Bibliothek der Sprachenkunde" und soeben bei G. Engel, Leipzig, eine Abhandlung „Das hebräische und aramäische Element in der jiddischen Sprache" erschienen.

Dawid Pinski in Wien. (J.P.Z.) Wien. -h. g.- Der führende jiddische Dramatiker Dawid Pinski traf gestern, auf einer Palästinareise begriffen, in Wien ein. In einem Gespräch erzählte Pinski, daß er an einer Fortsetzung von „Eisik Scheftel" und an einem großen Märchenwerke arbeite.

Der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband und das Kaufhaus Schocken. Die Firma Kaufhaus J. Schocken Söhne in Zwickau hat den Ausschluß von Mitgliedern des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes aus ihrem Betrieb bestimmt. Über die Maßnahme der Firma Schocken gerät nun das Organ des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes, die „Deutsche Handelswacht", in Zorn, beruft sich auf die deutsche Reichsverfassung, die die Vereinigungsfreiheit gewährleistet, und schreibt: „Wir verlangen, daß die Juden, die in Deutschland Gastrecht genießen, die deutschen Gesetze beobachten. Kein Jude hat uns vorzuschreiben, wie und wo wir uns organisieren wollen."

Eine „Habimah"-Tournee durch Europa. In Berlin ist aus Moskau ein Vertreter des berühmten hebräischen Theaters „Habimah" eingetroffen, um die Vorbereitungen zur bevorstehenden Tournee des Theaters durch die europäischen Hauptstädte zu treffen.

Ein weiblicher Rabbiner. Die Tochter eines Professors in Cincinnati hat den ganzen Lehrgang eines Rabbiners durchgemacht und dann angefragt, ob sie als Rabbiner ordiniert werden könnte. Nach zweitägiger Diskussion hat der amerikanische Rabbiner-Kongreß die Frauen autorisiert, diese Ordination zu empfangen. So berichtet das französische Feministenblatt „La Française".

Mitteilungen aus dem Publikum.

Aus der Bewegung.

Das Einreise-Visa nach Palästina für jüdische Handwerker.

Das Palästina-Amt in Prag hat die Möglichkeit, im Laufe dieses Monats jüdischen Handwerkern eine beschränkte Anzahl von Einreise-Visa nach Palästina zu besorgen. Die Reise auf Grund der obigen Visa muß baldmöglichst erfolgen. Die Bedingungen für die Inanspruchnahme eines solchen Visums sind:

1. Die betreffende Person muß qualifizierter Handwerker eines der folgenden Berufe sein: Schlosser, Tischler (Bautischler), Maurer, Installateur, Betonarbeiter (alles Bauhandwerker).
2. Diese Ausbildung muß mit gehörigen und gültigen Zeugnissen nachgewiesen werden.
3. Ein ordnungsgemäß ausgestellter Paß für Palästina (Ausländer, die keine Möglichkeit besitzen einen Paß zu bekommen, können sich um Hilfe an das Palästinaamt wenden).
4. Nachweis über das Reisegeld, welches sich nach jetzigem Valutastand auf ca. 1500 Kč (£ 12.—) stellt.
5. Die in Betracht kommenden Anwärter müssen sich bis spätestens 20. September beim Palästinaamt in Prag (Růžová 24, 3. Stock) melden.

Nicht gehörig versehene Zuschriften oder Pässe, welche nicht auf Palästina lauten, werden in keiner Weise berücksichtigt.

Jüdische Zeitungen werden um Abdruck dieser Mitteilungen ersucht.

An alle Blau-Weiß-Bünde Mährens und Schlesiens!

Da wir kein verläßliches Adressenverzeichnis der mährischen und schlesischen Blau-Weiß-Bünde besitzen, teilen wir allen Bünden auf diesem Wege mit, daß wir für den 16. und 17. September 1922 einen Führertag nach Brünn einberufen haben. Die Führersitzung findet Sonntag vormittags präzise 9 Uhr mit folgender Tagesordnung statt:

1. Bericht der Bünde.
2. Referat über die Entwicklung des Blau-Weiß in den letzten 8 Jahren. (Paul Schließer, derzeit Olmütz.)
3. Referat über die zukünftige Arbeit im Blau-Weiß. (Oskar Karpeles, dzt. Olmütz.)
4. Debatte.
5. Wahl der Kreisleitung für Mähren und Schlesien.

Am Samstag-Abend findet ein Heimabend (bestritten vom Brünner Blau-Weiß) statt. Anmeldungen sind an Victor Zaitschek, Brünn, Bedřicha Smetana 30, zu richten. Alle Teilnehmer haben Decken mitzubringen. Adresse: Oskar Karpeles, Olmütz, Slovenská 12.

Die prov. Kreisleitung.

Das zionistische Exekutivkomitee für die Slowakei (früher Bratislava, Jägerzeile 20), gibt bekannt, daß seine nunmehrige Adresse lautet: Zionistisches Exekutivkomitee für die Slowakei, per Adresse des Herrn S. Komlosi, Bratislava, Palisadenweg 56.

Sport.

Vom jüdischen Fußballverband.

K. M. K. R. J. sel. Č. S. A. F.

(Offiziell.)

A. Resiiuth. 1. An die Leitung des Felech Bohemia ergeht das Ersuchen um endgültige Konstituierung. 3. Die ČSAF. wird (durch die Kewuzah) neugedruckte Formularien an alle Klubs behufs Vollzug der definitiven Anmeldung versenden, auch an die bereits bestehenden.

B. Hadrachath lim'sachakej weamanuth. 1. Verbandsspiel Preßburg 29. Oktober 1922 in Preßburg.

C. Harmarceh le-oneš ulechowewuth. 1. Von Vereinssperren sind die Benjamin-Teams (grüne Nummern!) ausgenommen.

D. Hamarceh le-kupah. 1. Es wird auf die vorwöchige Publikation, Punkt D, 1., b), ganz besonders aufmerksam gemacht.

E. Hamarceh leršinah. 1. Agudoth, welche nichtfreigegebene Spieler anderer Agudoth zur Meldung bringen, werden bestraft. 2. a) Bei Felechwechsel muß die Legitimation der Kewuzah abgegeben werden. Den Vereinswechsel innerhalb der Felechgrenzen erledigt der H. R. šel Felech. b) Grüne Nummern jetzt nurmehr 1906 und später Geborene. Die 1905 Geborenen haben ihre Karten (im Wege des Felechs) der Kewuzoh abzugeben und erhalten rote Karten. 5. a) Bergmann Heinrich 002, Hagibor Prag, wird dem DFV. freigegeben. b) Hornung Julius 293, Makkabi Ostrau dem Südostdeutschen FV. freigegeben.

F. Hamarceh lesofijach. 1. Siehe Punkt C, 1., von heute. 2. Siehe Punkt E., 2., b), von heute.

G. Hamarceh legnizah wamazkir. 4. Es werden neuerlich alle Agudoth ersucht, der Kewuzoh im Wege des zuständigen Felech 1 Exemplar des Klubabzeichens zu senden. 5. Nächste VR.-Sitzung, Donnerstag, 21. September, 20 Uhr, Starý.

Hamarceh le-itanuth: **Ernst Pretzelmayer** m. p.
E. Kohut, Mazkir. E. Šern, Nasi.

Leichtathletik im J. S. C. Hagibor, Prag.

Wie bereits berichtet, haben die Athleten des Hagibor am 3. d. M. an dem leichtathletischen Meeting der „Bar Kochba" München mit großem Erfolge teilgenommen. Zu diesem großen alljüdischen Sportfeste, an welchem über 100 Athleten aus Frankfurt, Halle, Leipzig, Berlin, München, Nürnberg, Augsburg, Linz, Innsbruck, Wien, Teplitz und Prag sich beteiligten, sandte der Prager Hagibor eine Expedition, aus sechs Athleten und dem Sektionsleiter bestehend, denen sich noch einige Schlachtenbummler anschlossen, welche sämtlich Gäste des Brudervereines „Bar Kochba" München, waren und mit wirklich freundschaftlicher Aufmerksamkeit behandelt wurden.

Wir wollen die einzelnen, für den Hagibor wichtigen sportlichen Momente in kürzester Form schildern:

100 m Lauf für Senioren: Nach vier Vorläufen und zwei Zwischenläufen siegt der Frankfurter Meisterläufer Grünbaum in der sehr guten Zeit von 11.2 Sek., zweiter Fritz Abeles (Hagibor, Prag) Zeit 11.4 Sek., für einen Junior eine ausgezeichnete Leistung.

Weitsprung mit Anlauf: Relativ schlechte Leistungen; Fritz Abeles (Hagibor, Prag) placierte sich als Dritter mit einer Leistung von 5.48 m.

3000 m Lauf: Sieger Klein (Hakoah, Wien), zweiter Lagus (Hagibor, Prag), im ganzen sechs Läufer.

4×100 m Stafette: In diesem Kampfe stellen sich acht Stafetten-Mannschaften, so daß 2 Vorläufe nötig wurden. Im ersten Lauf siegte die Hakoah (Wien) überlegen, im zweiten Vorlauf siegt Hagibor (Prag) knapp vor Bar Kochba (Frankfurt). Zum Finale tritt der Hagibor (Prag) in folgender Aufstellung an: Fritz Abeles, Margolius, Lagus, Walter Abeles. Gleich vom Start weg geht F. Abeles mächtig los und ist es klar festzustellen, daß er als erster von allen den Stab übergibt. Der zweite Mann des Hagibor, der junge Margolius, lieferte vielleicht den besten Lauf seines Lebens; er gewinnt an Terrain gegenüber seinen Gegnern und man sieht es förmlich, wie er Zentimeter um Zentimeter seine Nachbarn abschüttelt und mit einem Vorsprung von sechs bis acht Metern die Stafette weitergibt. Auch Lagus als dritter Mann hält sich tapfer, verliert nur unbedeutend an Boden und kann mit klarem Vorsprung dem Walter Abeles als Schlußmann übergeben, welcher dann durch Aufbietung seiner ganzen Energie den Vorsprung beibehält und mit 5—6 Metern klar siegt. Hakoah (Wien) geht als zweite, Bar Kochba (Frankfurt) als dritte durchs Ziel. Unter großem Jubel des Publikums und speziell der Hagiborianer, werden die jungen Sportsleute, welche mit der erzielten Zeit von 46.8 eine Glanzleistung errungen haben, in ihre Kabine geleitet. Die geschlagenen Wiener und Frankfurter sind über die Leistung dieses Outsiders sehr bestürzt und läßt die Wiener Hakoah an den Hagibor eine Herausforderung zu einem Revanchematch ergehen, über dessen Austragung zwischen den beiden Vereinen nähere Details bestimmt werden müssen. Der Preis dieses Sieges ist ein wertvoller Silberpokal, welcher durch den Sieg des Hagibor auf ein Jahr in den Besitz dieses Klubs gelangt.

An der Olympischen Stafette (800×400×200×200 m) belegte die Stafette des Hagibor hinter der Hakoah (Wien) einen guten zweiten Platz. Den Sieg in dieser Disziplin hat die Hakoah ihrem ausgezeichneten 800 m Läufer Schen zu verdanken. Die Stafette des Hagibor lief in der Zusammenstellung: Reach—Margolius—Fritz Abeles—Walter Abeles und zeigte ein gutes Können.

400 m Lauf für Zöglinge: Erster Margolius (Hagibor, Prag) Zeit 56.4, dritter Bondy (Hagibor, Prag). Unter 32 Bewerbern in sehr guter Zeit gewonnen.

Hochsprung für Zöglinge: Erster Bondy (Hagibor, Prag) 1.58½ m; in Anbetracht des Umstandes, daß Bondy gänzlich ohne Training startete, eine überraschend gute Leistung. Das Alter des Siegers ist 16 Jahre!

Dreikampf für Zöglinge: Bondy (Hagibor, Prag) belegte unter ca. dreißig Teilnehmern den zweiten Platz, was von der guten allseitigen Begabung dieses Zöglings zeugt.

Im 800 und 400 m **Lauf für Senioren** belegte Reach (Hagibor, Prag) je einen dritten Preis. Sieger im 800 m Lauf blieb Schen (Hakoah, Wien). 2. Simon (Bar Kochba (München) ehemaliger Bezirksmeister.

Am ganzen hat der Hagibor in 11 Konkurrenzen gestartet und 11 Preise nach Hause gebracht, was für die ganz junge Leichtathletiksektion bei ihrem ersten internationalen Auftreten unerwartet schöne Erfolge darstellt.

Am gleichen Sonntage startete eine andere Athleten-Mannschaft des J. S. C. Hagibor in Kolin n. L.

Wenn auch die Erfolge dieser Athleten hinter denen der in München startenden etwas zurückblieben, so konnte doch unser kommender Star, Miloš Ginz im 400 m Lauf für Junioren nach erbittertem Kampfe in der außerordentlich guten Zeit von 58.8 Sek. siegen. Diese Leistung verdient unbedingtes Lob und wurde auch in der tschechischen Sportpresse dementsprechend anerkannt.

Im Weitsprung siegte ebenfalls Ginz mit 5.51 m, für einen Neuling in dieser Disziplin jedenfalls eine Aufmunterung.

Im 100 m Lauf belegte Ginz einen zweiten Platz in der guten Zeit von 11.5 hinter dem famos laufenden Kocourek (Hradec Králové), eine ganze Reihe guter Konkurrenten hinter sich lassend.

Die 400 m Stafette des Hagibor konnte dagegen nur einen dritten Platz, hinter S. K. Slavia, Prag und A. F. K. Kolin, belegen.

Die wertvollsten Erfolge dieser beiden sonntägigen Unternehmungen sind jedoch die Begeisterung und der Ehrgeiz, welche unsere jungen Athleten mit nach Hause brachten und ist uns heute um den Bestand und die Weiterentwicklung des leichtathletischen Sports im Hagibor gar nicht mehr bange. Der gute Kern und Stamm unserer Athleten, um welche sich die ganze Sektion gruppiert, ist durch positive Leistungen aus sich heraus gewachsen und wenn es noch der Leitung dieser Sektion gelingen sollte, einen in Aussicht genommenen Trainer zu bekommen, dann kann man ruhig und hoffnungsvoll der kommenden Saison entgegenblicken.

Das am Hagiborplatz proponierte interne Klubmeeting wird unter Zulassung sämtlicher jüdischer Sportsleute auf den 8. Oktober d. J. definitiv verschoben. Training täglich am Platz. Anmeldungen von Interessenten und Stipendisten (im Alter von 16—18 Jahren) ebenfalls täglich ab sechs Uhr am Platz.

Am Sonntag, den 17. d. M. startet die komplette Mannschaft des Hagibor im Stadion in Nimburg und beteiligt sich an den tschechoslowakischen Juniorenmeisterschaften. Die Kämpfe versprechen durch die Teilnahme sämtlicher Prager und sämtlicher Provinz-Klubs erbitterte Kämpfe, und dies um so mehr, als jeder Sieg, sowie jeder zweite und dritte Platz nach Punkten gewertet werden und derjenige Klub, dessen Athleten die meisten Punkte erzielen, den Titel eines Meisters der Tschechoslowakischen Republik in den Juniorenwettkämpfen für das Jahr 1922 erhält.

Sicher ist, daß sich die Hagiborianer gut schlagen werden. Bericht in der nächsten Nummer. **Mc. Loy.**

J. S. K. Hagibor. Die diesjährige Generalversammlung findet am Samstag, den 16. September um 8 Uhr abends im Hotel Bristol statt.

Makkabi.

Herbstsaison.

Unsere Vereine übersiedeln jetzt von den Sommerturnplätzen in die Schulsäle. Ein jeder weiß, daß das Turnen im geschlossenen Raume nicht so zuträglich ist, wie im Freien und aus diesem Grunde ist es Pflicht aller jener, die als Leiter von Abteilungen, auch Riegen, fungieren, mit der größten Peinlichkeit auf Umstände zu achten, welche geeignet sind, die ohnehin nicht staubfreie Luft noch mehr zu verunreinigen.

Da es nun aber darauf ankommt, diese ungünstigen Umstände zu erkennen, wollen wir auf selbe hinweisen, um dem Verantwortlichen einen Leitfaden zu geben. Dieser Wegweiser wird natürlich das zu enthalten haben, was verboten ist und was tunlichst vermieden werden soll.

Verboten ist: Das Rauchen im Turnsaal und im Ankleideraum. Das Betreten des Saales in einer anderen als der Turnkleidung, um den Straßenstaub nicht hineinzutragen. Das Dulden von Zuschauern im Saale. Das Umherjagen vor der Stunde. Das Einstellen nicht gereinigter Geräte, insbesondere von Matten, die Staub in Mengen enthalten. Matten sollen tunlichst ganz in Leder gekleidet sein und sind öfters im Monat zu reinigen. Schilfmatten und ähnliche dürfen überhaupt nicht zur Verwendung kommen. Das Zurücklassen von Papier in der Garderobe.

Zu vermeiden ist soviel als möglich: Das Laufen, Laufübungen und der Weitsprung. Wenn diese Übungen auch nicht ganz unterbleiben können, auf das allermindeste Maß müssen sie eingeschränkt werden. Das Turnen in vorher nicht gereinigten Sälen. Leider ist es nur selten möglich, von seiten der Bedienung, die für die Reinigung gezahlt wird, das Aufwischen vor Beginn des Turnens zu erreichen. Aber bei etwas Willen könnten sich stets 4—6 Tb. oder Tschw. finden, die dieses Reinigungsamt vor der Turnstunde auf sich nehmen. Feuchte Sägespäne und Besen tun gute Dienste und sind von großer Bedeutung, wenn, wie im Makkabi Prag, 3 Abteilungen knapp hintereinander turnen.

Zu achten ist darauf: Daß die Apotheke in Ordnung sei. Daß alle in reinlicher Kleidung zum Turnen antreten und — besonders bei Jugendlichen — daß sie mit reinem Gesicht und Händen kommen.

Das ist nur ein Teil jener Umstände, die den Leitern stets gegenwärtig sein sollen, aber der wichtigste Teil. Wer sich daran gewöhnt, auf diese Momente zu achten, der findet auch die, die nicht so bedeutungsvoll sind. Bis jetzt ist vieles bezüglich Hygiene außer Acht gelassen worden, das muß anders werden. Die Vereine müssen sich nach und nach ihrer Verantwortung voll und ganz bewußt werden, und ihre Mitglieder dazu verhalten, Reinlichkeits- und Ordnungs-Sinn an den Tag zu legen, auch das sind Mittel, um in der Entwicklung weiterzukommen.

Kreistagung: 17. September in Brünn, ½10 Uhr. Café Bellak.

Wanderungen: fanden wegen schlechten Wetters nicht statt. Werden für Oktober angesetzt.

Gau-Übungen: Vorschlag von Tb. Neuschul, Aussig, eingelangt. Fehlen noch: Willi Heller, Aussig und Hermine Katz, Prag.

Von der Kreisleitung: Zur Kreistagung muß jeder Verein vertreten sein; stimmberechtigt je zwei Mitglieder. Anträge bis 15. September an Tb. Dr. Sonnenfeld, Brünn, Adlerg. 18. Tagesordnung: 1. Beschlußfassung über die Organisation. 2. Wahl der Kreisleitung. 3. Festsetzung des Arbeitsprogrammes und Budgets. 4. Allfällige Anträge.

Turnzeiten in der Wintersaison 1922/23. Lazarusgasse.

Tage:	Mädchen	wbl. Zögl.	Damen	Knaben	männl. Zögl.	Männer
Montag	1/26—1/27	—	7—1/29	—	—	—
Dienstag	—	—	—	1/26—1/27	1/27—1/28	1/28—9
Mittwoch	1/26—1/27	1/27—1/28	1/28—1/29	—	—	—
Donnerstag	—	—	—	1/26—1/27	1/27—1/28	1/28—9
Freitag Vor.-Kurse	—	—	7—8	—	—	1/28—9
Samstag	—	1/27—8	—	—	—	—

Gemeinden.

Prag. Verlobung. Herr Rabbiner Dr. Tobias Jakobovits in Prag-Michle, hat sich mit Fräulein Bertha Petuchowski, Tochter des Herrn Rabbiner Dr. M. Petuchowski in Berlin, verlobt.

Die Bibliothek des zion. D. K. ist ab Donnerstag, den 14. September wiederum eröffnet und amtiert jeden Montag und Donnerstag von 5½ bis 6½ in ihrem Lokal, Celetná 22, 2. Stock.

Brüx. Wiederum hat die hiesige jüdische Gemeinde einen schweren Verlust erlitten. Im Alter von etwa 80 Jahren starb hier nach längerer Krankheit Frau Hermine Kohn, die Mutter unserer Gg. Herren Karl und Arthur Kohn, eine in jeder Beziehung ausgezeichnete und wahrhaft gut jüdische Frau, die sich in allen Kreisen der Bevölkerung der größten Wertschätzung und Hochachtung erfreute. Die Dahingeschiedene, die durch eine lange Reihe von Jahren Vizepräsidentin des hiesigen wohltätigen Frauenvereines war, wirkte in demselben und außerhalb des Vereines in ungemein wohltätiger und gemeinnütziger Weise und es werden gewiß alle, die diese brave Frau gekannt haben, ihr ein stets ehrendes Angedenken bewahren. Das Leichenbegängnis fand unter zahlreicher Beteiligung aller Schichten der Brüxer Bevölkerung statt und gab ebenfalls Zeugnis von der Wertschätzung, die der Verstorbenen entgegengebracht wurde.

Warnung. Wir erhalten folgende Mitteilung: Ein gewisser Schächter aus Czernowitz, der vorgibt, Jus zu studieren und Sohn eines Arztes zu sein, hat in Nordböhmen bereits mehrere Städte bereist und namhafte Beträge herausgelockt. Wir warnen vor dem Manne, da er ein Schwindler ist.

Jüdische Fürsorgezentrale.

V. Ausweis

der bei der Jüdischen Fürsorgezentrale für die Tschechoslowakische Republik in Prag vom 27. Juli bis 7. September 1922 für den Sammelfond zur Linderung der Hungersnot der Juden in der Ukraine eingegangenen Beträge:

Weinberg Herma in Žižkov	K	100.—
Gemeinde Peredemir	„	100.—
Strehlinger Herrmann, Ctery Baligh	„	50.—
Dr. Füredi Robert Karolý, Bratislava	„	50.—
Fleischmann Josef jr., Bratislava	„	50.—
Dr. Fischer Dezsö, Bratislava	„	50.—
Komlosi Soma, Bratislava	„	50.—
Frau des Freistadt Moritz, Bratislava	„	10.—
Singer Ilona, Bratislava	„	6.—
Fischer Antonia, Bratislava	„	10.—
Duschinsky Moritz Bratislava	„	50.—
Bock M., Krietsnau, Post Chynovan	„	25.—
Redlinger Malwine, Bratislava	„	10.—
Redlinger Fanny, Bratislava	„	20.—
Dr. Eisler Michael, Holohowetz	„	100.—
Milch Josef, Holohowetz	„	250.—
Szemer Ilse, Uhorska-Ves	„	110.—
Ungenannt, Stara-Galla	„	5.—
Roth Jenö und Frau, Novy Zamky	„	400.—
	K	1.446.—
Hiezu gesammeltes Geld laut Ausweis Nr. 1, 2, 3 und 4	„	10.618.—
Zusammen	K	12.064.—

Generalversammlung. Die Jüdische Fürsorgezentrale für die Tschechoslowakische Republik in Prag hält am 28. September 1922 um ½11 Uhr vormittag im jüdischen Rathause, Prag V., Maiselgasse 18 (Festsaal), ihre 2. ordentliche Generalversammlung ab.

Jüdisches Schwachsinnigenheim in Hloubětin. Der Bestand des jüdischen Schwachsinnigenheims ist wegen Erschöpfung der Geldmittel gefährdet. An alle Menschenfreunde, die ein mitfühlendes Herz haben, ergeht daher die dringende Bitte, durch milde Gaben eine Adaptierung des Heimes zu ermöglichen, um so das freudearme Dasein dieser Unglücklichen vor der äußersten Not zu schützen. Spenden nimmt dankend entgegen **Franz Stadler, Prag I., Celetná 12.**

Keren Kajemeth Lejisrael.
Národní fond Židovský.
Jüdischer Nationalfonds.

Zentralstelle im tschechoslowak. Staate:
PRAG II., Růžová ulice 24.
Postsparkassenkonto 202.628. Telephon Nr. 9546.

Der „Keren Kajemeth Lejisrael" Jüdischer Nationalfonds bezweckt Boden als unveräußerliches Eigentum des gesamten jüdischen Volkes in Erez Israel Palästina) zu erwerben und an jüdische Siedler in Erbpacht zu vergeben.

An sämtliche Vertrauensmänner des Jüdischen Nationalfonds!

Tischri-Aktion.

Wir bitten Sie, unser Zirkularschreiben 5 genau zu beachten. In jedem Orte ist wenigstens eine der proponierten Arbeiten für die Tischri-Aktion durchzuführen. Wir müssen im Jubiläumsjahr des Jüdischen Nationalfonds von dem einzigen Willen beseelt sein, dem Keren-Kajemeth-Lejisrael ganz außerordentliche Einnahmen zu sichern, um ihn in den Stand zu setzen, seinen in Erez Israel übernommenen Verpflichtungen nachzukommen und das jüdische Siedlungswerk erweitern zu können. Es sind daher durchzuführen: **Neujahrsglückwunsch-Enthebungen, Kaaroth-(Teller-)Sammlungen, Blumentage, Thoraspenden, Büchsenleerungen.**

Jeder Vertrauensmann und jede Ortsgruppe ist verpflichtet, der Zentralstelle sofort mitzuteilen, in welcher Weise die Tischri-Aktion durchgeführt wird.

Zentralstelle des Jüdischen Nationalfonds, Prag.

*

Eingang vom 1. bis 7. September 1922.

Allgemeine Spenden.

Dobříš: Frieda und R. Fahn grat. Hochzeit Jul Frantl-Kopas 20.—. **Karlsbad:** Informationsbüro der Jahreskonferenz 32.—. **Duval:** Alois Sulc 10.—. **Nachod:** Thoraspenden: Simon Holzner, Otto Stein, Leopold Hitschmann, Arnold Kraus je 25.—, Cerwinka, Otto Holzner, Dr. Lederer, Paul Mahler, Friedrich Lederer je 10.—, 8 à 5.—, 3.—, 5 à 2.—, 1.— zus.: 204.—. **Reichenberg:** Ausschußsitzung 37.—. **Teplitz-Schönau:** Dr. Fritz Hahn anl. Enthebung v. s. Posten als N.F.-Kom. 20.—, Sammlung Vorstandssitzung 13.— zus.: 33.—. **Winterberg:** Richard Kohn, gewonnene Wette 50.—, Wally Zdekauer für angefertigte Photographie v. Richard Kohn 10.—, 5.—, Hochzeit Zdekauer-Kahn gratulieren: Gustav Fantes, Ignatz Fantes, Otto Fischer, Anna Hirsch, Heinrich Kohn, Richard Kohn, Viktor Kohn, Dr. Robitscher, J. Schwager, Leo Schwarz, Siegmund Wedeles zus.: 55.— zus.: 120.—. **Prag:** Sammlung Meeting Produktenbörse 820.64, N. N. 100.—, Josef Boksenbaum 20.— zus.: 940.64. **Summa K 1396.64.**

Baumspende.

Karlsbad: Jenny Steiner 1 B. im Friedrich Steiner G. 30.—. **Leitmeritz:** Ludwig Weinberg, Žižkow, statt Neujahrsgratulationen 2 B. im Loise Heller G. 60.—. **Mnichowitz:** Karl Fantl 1 B. a. N. Moritz Hlawatsch im Erwin Budlowsky G. 30.—. **Nachod:** Sammlung bei Hochzeit Ing. Wotitzky-Lederer 5 B. auf Namen der Neuvermählten im Ludwig Fanta G. 111 zus.: 150.—. **Teplitz:** Dr. Karl Alter 1 B. anl. Abl. Markus Kohn 1 B., Makkabi lond. Semi Kohn 1 B. a. N. Markus Kohn, Leo Pick aus demj. Anl. 1 B., sämtliche im Makkabi G. zus.: 90.—. **Prag:** Paul Herrmann und Frau danken f. Gratulationen anl. Geb. ihres Sohnes 2 B. im Marie Baumgartl G., Dr. Hugo Bergmann u. Frau, Jerusalem, 4 B. im Berta Fanta G., K. W. 1 B. zum Andenken an Erwin E. 1 B. im Leopold Ullmann G., Prof. Ludwig und Johanna Steiner anl. Hochzeit Amalie Freud-Backenroth 1 B. im Sdruženj G., Adolf Fuchs 1 B. a. N. Emil Beck s. A. im Anton Fuchs Hain, N. N. 1 B. im Marie Frank G., Käthe Jerusalem 2 B. im Budweiser Blau-weiß G., dem Andenken i. l. ll. Hansl gewidmet zus.: 360.—. **Summa K 720.—.**

Goldenes Buch.

Komotau: Familien Bermann-Thein anl. Abl. Frau Therese Bermann, geb. Strasser 2000.—. **Karlsbad:** Sammlung Julie Buxbaum, Eintragung der Jahreskonferenz 3665.—. **Summa K 5665.—.**

Selbstbesteuerung.

Wällischbirken: Maritschel Popper 20.—. **Prag:** Ing. Franz Jerusalem 60.—. **Summa K 80.—.**

Sammelbüchsen.

Krumau: M. Jankel 12.—. **Karlsbad:** Informationsbüro d. Jahreskonferenz 31.50, Dr. Robert Neubauer 39.31 zus.: 70.81. **Prag:** Arthur Lux 12.—, Dr. Max Brod 14.—, Anna Gellner 45.—, Johanna Bergmann 27.—, Helene Heller 11.—, Nina Steiner 18.—, Lese- und Redehalle 40.—, Hebamme Johanna Seidemann 37.—, Martha Fischl 42.—, Jul. Oplatka 10.—, 5 unter 10.—, insges. 15 gel. B. 281.—. **Summa K 363.81.**

Landspenden.

Aussig: Ed. J. Weinmann 1500.—, J. Petschek 1000.—, B. Kraus 500.—, Preß und Laufer, Dr. Oskar Schanzer je 300.—, Gebrüder Brode, Langstein u. Klein, N. N., Simon Popper, E. Naubitschek, Arthur Stein, Arnold Weil je 200.—, Ing. Leo Heß, Novicum, Anton Pick, Doktor Adalbert Pollak, Direktor Leo Schaufeld, Friedrich Stein je 150.—, Milan Appelfeld, Carl Bloch, Fritz Bonn, Heirich Friedländer, Moritz Glauber, Dr. Theodor Gruschka, Alfred Herrmann, Hoffmann & Co., Siegmund Holub, Dr. Gustav Kahn, Direktor Siegfried Kettner, Leo und Paul Kohn, Michael Kohn, Kohn u. Kornfeld, Dr. Rudolf Langstein, Robert Laufer, Gustav u. Irma Mayer, Josef Müller anl. s. Verlobung, Josef Neuschul, Max Neuschul, Adolf Pachner, Dr. Ignaz Sassower, Seger & Co., Rudolf Schneider, Mor. Strnad, Dr. Rudolf Weil, Dir. Otto Winternitz, Dr. Peter Wertheimer je 100.—, Josef Löwy, Viktor Stern je 60.—, Dr. Paul Katz, Ernst Schladnich, Direktor Siegfried Stein, Ing. Emil Weil je 50.—, Simon Kornfeld, Ernst Waldmann je 40.—, Doktor Nathan Lurje, Fr. Dr. Lucie Oesterreicher 30.—, Dr. Robert Deutsch, Wilhelm Löwy, Oskar Schönfeld je 20.— zus.: 9290.—. **Budweis:** Dr. Klempfner 200.—. **Michnitz:** Olga Frischler 300.—. **Nachod:** Leopold Stransky 300.—, Caro u. Jelinek 250.—, N. N. 120.— zus.: 670.—. **Prag:** Rich. Meller 50.—. **Summa K 10.510.—.**

Gesamtsumme Jüdischer Nationalfonds	K 18.735.45
Hiezu d. i. d. letzten Nr. ausgewiesenen	K 379.288.34
Daher Gesamtsumme Böhmen	K 398.023.79
Gesamtsumme Mähren bis 31. August	K 176.883.94
Gesamtsumme Slowakei bis 31. August	K 182.427.01
Gesamtsumme Tschechoslowakei	K 757.334.74

Richtigstellung: Prof. Ludwig und Johanna Steiner, Smichow, 2 B. anl. Sterbetag Fanny und Adalbert Steiner.

Herausgeber: Ein Konsortium. — Verantwortlicher Redakteur: Moriz Mandl. — Druck von Heinr. Mercy Sohn, Prag.